

ALBANISCHE HEFTE

1/2003

Die windstille Ecke:

Die Albaner in Montenegro

Zeitläufe

Unwägbarkeiten
albanischer Politik

Zeitläufe

Albanisch
– kann doch jede/r zweite

$$10 + 2 = 12$$

$$12 = 10 + 2$$

$$\begin{array}{r} 158 \\ + 134 \\ \hline 292 \end{array}$$

$$10 + 4 = 14$$

$$14 = 10 + 4$$

Robert Schwartz gestorben



Am 25.04.2003 ist Robert Schwartz nach langer schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren in Tirana verstorben.

Er war der wohl bekannteste albanische Übersetzer deutscher Literatur. Die Mitglieder der DAFG, die ihn kannten, haben ihn als einen ebenso offenen wie streitbaren, hart arbeitenden Menschen kennengelernt, der immer bescheiden geblieben ist. 1995 haben wir ein Interview mit ihm in den 'Albanischen Heften' veröffentlicht, nachdem er gerade mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden war. Stolz war er - zu recht - über diese Ehrung, und dennoch wollte er sie nicht an die große Glocke hängen. Und eigentlich hatten wir seine kürzliche Ernennung zum Ehrenbürger von Tirana und die im erst März erfolgte Auszeichnung mit dem Titel 'Meister der Arbeit' erneut zum Anlaß nehmen wollen, mit ihm ein Gespräch für die 'Albanischen Hefte' zu führen. Wir kamen zu spät. Robert Schwartz lag schon im Krankenhaus, und diesmal erholte er sich nicht.

Peter Platzmann, früherer Vorsitzender der DAFG, der als einer der ersten von uns mit Robert Schwartz in Kontakt gekommen ist und ihn von uns wohl am besten kannte, hat unmitttelbar nach dem Bekanntwerden der traurigen Nachricht seine persönlich gefärbten Gedanken an Robert Schwartz niedergeschrieben. Wir drucken sie anstelle eines Nachrufs ab und bringen damit auch die Trauer des Vorstandes der DAFG über den Verlust eines kritischen Freundes zum Ausdruck.

Robert Schwartz war der Albaner, der uns am nächsten stand, den wir am meisten liebten. Mit ihm haben wir von 1974 bis 1977, als wir bei Radio Tirana arbeiteten, drei Jahre lang tagtäglich eng zusammengearbeitet und ihn gut kennen und lieben gelernt. Er war eine Seele von Mensch. Und er war ein leidenschaftlicher Literat und Dichter. Ein großer Liebhaber und Kenner der albanischen und der deutschen Sprache und Literatur.

Vor allem aber war er offenherzig wie kaum ein Albaner, den ich je kennengelernt habe. Er hielt auch damals schon - als einziger, den ich damals kannte - mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. Er legte sich, wenn es sein mußte, mit jedem an, egal in welcher Stellung. Mit dem Direktor des Auslandsrundfunk, Kiço Pandeli, sowie so. So hatte er sich auch - als einziger - sein eigenes Büro erkämpft, in dem er allein arbeiten konnte und sich mit keinem Kollegen und keiner Kollegin ärgern mußte: im Korridor des Radios! Er äußerte uns gegenüber - als einziger - auch seinen Unmut über die damaligen Zustände in Albanien.

Eines Tages gestand er uns sogar, er wäre der erste, der nach Israel auswandern würde, wenn er könnte. Sein Vater war österreichischer Jude, seine Mutter stammte aus Elbasan. Sein ganzes Leben hat er gelitten. Seiner Leidenschaft, der Literatur, konnte er nur nach Feierabend frönen. Fast sein ganzes Leben mußte er die sterilen politischen Texte im Radio übersetzen. Ironie des Schicksals, die er so liebte, ist es, daß er nach der Wende als einziger albanischer Jude in Albanien geblieben ist, alle anderen sind ausgewandert.

Denn sein Land liebte er über alles. Trotz alledem.

Und er liebte auch sich. Mit seinem schönen Anzug und Hut - wer trug damals schon einen Hut?! - , seinem schönen Feuerzeug und den Zigaretten in der Innentasche des Jacketts trank er seinen Espresso immer dort, wo er am besten schmeckte. Wer wagte es damals schon, ins Hotel Dajti zu gehen? Er ja. Dort erholte er sich vom widrigen Alltag bei seinem Kaffee. Und schimpfte.

Nach 1990 gab es zum Glück für ihn bald das „Kafe Evropa“, wo er weiter schimpfen konnte.

Doch nach 1990 gab es zum Glück für ihn auch noch andere, die ihn ehrten: schon bald wurde er vom damaligen Bundespräsidenten Herzog mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland für seine Verdienste um die Verbreitung der deutschen Literatur ausgezeichnet - so weit ich weiß, als einziger Albaner bisher. Ende letzten Jahres hat ihn der Bürgermeister von Tirana, Edi Rama, auch zum Ehrenbürger Tiranas ernannt (geboren ist Robert Schwartz in Sarajewo 1933). Schließlich hat er noch einen hohen Orden des albanischen Präsidenten erhalten. Robert Schwartz hat diese Ehrungen mit Genugtuung entgegengenommen und sie hoch verdient.

Durch seine vollkommenen Übertragungen vieler deutscher Autoren ins Albanische können Albaner zahlreiche Gestalten der deutschen Literatur erleben, als wären sie Albaner. Robert Schwartz war aber immer auch unzufrieden mit seinem eigenen Werk. Ich habe ihn vor einigen Jahren in seinem - eigenen - Büro im Verlag in Tirana erlebt, als er dabei war, sein Erstlingswerk „Drei Kameraden“ von Erich Maria Remarque, das vor über vierzig Jahren in Albanien erschienen war, erneut herauszubringen. Ich sah ihn, wie er seine alte Übersetzung, die er als junger Mann gemacht hatte, nicht überarbeitete, sondern noch einmal im reifen Alter neu übersetzte! Kein Verlag hat ihm diese mühevollen Arbeit - nicht nur bei diesem Werk - je gedankt, vor allem nicht materiell!

Robert Schwartz war seit langem sehr krank. Insbesondere dank seines Freundes Giuseppe de Siaty aus Berlin waren ihm mehrere Herzoperationen in Berlin ermöglicht worden, die sein Leben verlängerten.

Ich habe ihn zum letzten Mal vor knapp drei Wochen im Tirana im Krankenhaus besucht und mir anschließend große Sorgen um ihn gemacht, denn er schimpfte nicht mehr richtig.

Wir Deutsche und ich persönlich haben einen großen Freund verloren.

Ich wünsche Roberts Frau und Sohn die nötige Stärke, um diesen schweren Verlust zu überwinden.

*Peter Platzmann
Gelsenkirchen, 25.04.2003*

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Albaniens Weg nach Europa, das haben wir schon häufiger beschrieben, ist trotz aller Bemühungen kein gradliniger. Dies zeigt sich wieder einmal im Augenblick, da die Assoziationsverhandlungen mit der EU in eine neue Phase getreten sind. Zwar lobte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi bei seiner Rede im albanischen Parlament Ende Januar die Fortschritte, die die Regierung gemacht hat, gleichzeitig aber macht die EU Druck, der Kampf gegen Kriminalität und Korruption müsse wesentlich entschiedener geführt werden. Regierung und Opposition, auch das ist nicht neu, nutzen diese Kritik zu gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Offiziell sind alle politischen Kreise daran interessiert, den Assoziierungsprozeß zu vertiefen und erfolgreich abzuschließen. Doch welchen Stellenwert hat Europa für Albanien – oder besser für die albanischen Politiker wirklich?

Als es um die Jahreswende darum ging, ob man die USA in ihrem Kampf gegen das Regime von Saddam Hussein oder die Linie des „alten Europa“ zu unterstützen, da waren alle politischen Kräfte in Albanien unisono auf der Seite der „Koalition der Willigen“. Geradezu stolz hob man in den Medien hervor, daß auch albanische Soldaten am Krieg teilnehmen würden. Und eine öffentliche Debatte wurde über diese Frage – bis auf seltene Ausnahmen – nicht geführt. Fatos Lubonja, der auch den Lesern der „Albanischen Hefte“ bekannte Publizist und politischer Analytiker war einer der wenigen, der es wagte, offen gegen die Politik der Kriegsunterstützung Stellung zu beziehen. Er verglich die Reisen albanischer Politiker in die USA und ihre Rückkehr nach Rinas mit den früheren Reisen der alten PAA-Führung in die Sowjetunion oder nach China. Das führte bis hin zur Zensur seiner Artikel und Diskussionen über die Pressefreiheit.

Nach dem relativ raschen Ende des Irak-Krieges sieht sich die albanische Führung bestätigt und berichtet stolz über die ersten Honorierungen ihres Kurses seitens der amerikanischen Regierung. Außenminister Powell wird in Tirana Station machen, hier ein Abkommen mit Albanien, Kroatien und Mazedonien zur NATO-Integration unterzeichnen. Und dann hofft man natürlich als Lohn auf verstärkte amerikanische Investitionen. Daß die amerikanische Regierung noch Anfang des Jahres – ebenso wie die EU – eine härtere Gangart im Kampf gegen Korruption und Kriminalität gefordert hatte, tritt dabei in den Hintergrund. Fast scheint es, als wolle man in Tirana, die guten Beziehungen zu den USA als Faustpfand in die Verhandlungen mit der EU einbringen. Manchmal die Frage: Liegt Albanien näher an Amerika oder Europa?

Ihr
Bodo Gudjons
Chefredakteur

04 Chronik

Daten, Namen, Fakten: Januar - März 2003

06 Magazin

Nachrichten aus Albanien

Zeitläufe

10 Die windstille Ecke: Die Albaner in Montenegro

17 Unwägbarkeiten albanischer Politik

19 Albanisch – kann doch jede/r Zweite!

Ergebnisse einer Untersuchung zum informellen Albanisch-Erwerb von nicht-albanischsprachigen Oberstufenschüler/innen

Bücherreport

25 Susanne Wenzel: Das Kosovo entdecken. Kultur und Natur zwischen Amselfeld und Albanischen Alpen.

26 Frances Trix: The Albanians in Michigan.

27 Gjergj Rrapi: Die albanische Großfamilie im Kosovo

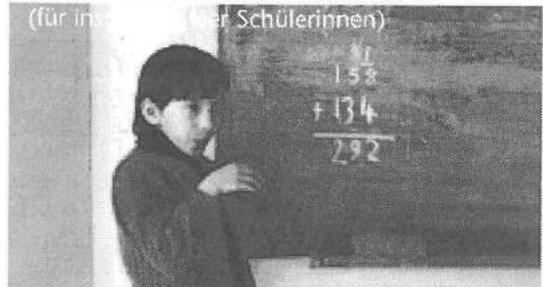
Aus der DAFG

29 DAFG-Reise nach Albanien geplant Seminar zur „albanischen Emigration“

30 Impressum Kontaktadressen

Titel

Peter Platzmann: Dorfschule in Sinica
(für in... der Schülerinnen)



Rückseite

Karikatur von Likë Rehova aus „Klan 303“
zur Mutation der Sozialistischen Partei

■ Januar 2003

3. Warnung vor Wahhabiten in Kosovo: Der Vorsitzende der Islamischen Gemeinschaft in Kosovo, Mufiti Rexhep Boja, warnt vor der Ausbreitung der von Saudi-Arabien unterstützten Wahhabiten-Sekte in Kosovo, die einen besonders strengen und intoleranten Islam praktiziert.

4. Früherer FARK-Kommandeur ermordet: Tahir Zemaj, ein früherer Kommandeur der mit der UÇK rivalisierenden FARK, wird in Peja zusammen mit seinem Sohn und einem Verwandten ermordet. Er hatte in dem Prozess gegen ehemalige UÇK-Führer wegen der Ermordung von FARK-Kämpfern ausgesagt (s. 17.12.2002). AAK-Chef Haradinaj weist den Verdacht von sich, er könne mit dem Mord zu tun haben.

8. Neue Regierung in Montenegro: Das montenegrinische Parlament bestätigt das neue Kabinett unter dem bisherigen Staatspräsidenten Milo Djukanovic, in dem der Albaner Gëzim Hajdinaga (UDSH) wie bisher Minister für Minderheitenfragen ist.

9. Tirana und Skopje vertiefen Zusammenarbeit: Bei einem offiziellen Besuch der makedonischen Außenministerin Ilinka Mitreva in Tirana traf diese u.a. mit ihrem albanischen Amtskollegen Ilir Meta zusammen. Beide Seiten kamen überein, die bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, zu intensivieren. Ziel dieser Kooperation sollen u.a. gemeinsame Schritte auf dem Beitrittsweg zur EU und zur NATO sein. Es wurde vereinbart, noch in 2003 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag zwischen beiden Ländern zu unterzeichnen.

13. Papandreu in Albanien: Der griechische Außenminister Georgios Papandreu traf in der albanischen Hauptstadt mit seinem albanischen Kollegen Ilir Meta zusammen. Dabei rief er dazu auf, „die verschiedenen Probleme der Vergangenheit zu überwinden und in eine gemeinsame Zukunft zu schauen“. Ausserdem erklärte er, dass Griechenland, das gegenwärtig die Präsidentschaft des EU-Rates innehat, „sich dafür einsetzt, der europäischen Entwicklung der Region und insbesondere der europäischen Entwicklung Albaniens einen Impuls zu geben.“

13. Djindjic fordert Grenzgarantien: Der serbische Regierungschef Zoran Djindjic fordert von der internationalen Gemeinschaft Garantien für die territoriale Integrität Serbiens einschließlich Kosovo; andernfalls fordere er ein neues Dayton. Damit stellt er den Zusammenhalt von Bosnien-Herzegowina indirekt in Frage. – Am 1.2. fordert Djindjic von der NATO die Rückkehr von bis zu 1.000 Mann serbischer Sicherheitskräfte nach Kosovo. Dies wird von der UNMIK abgelehnt.

13. Islamischer Funktionär ermordet: Salih Tivari, der Generalsekretär der Muslimischen Gemeinschaft in Albanien, wird in seinem Büro in Tirana erschossen. Spekuliert wird, ob die Mörder radikale Muslime waren, die seine liberale Haltung und sein Eintreten gegen den islamistischen Terrorismus ablehnten.

20. Milutinovic in Den Haag: Der Ende 2002 ausgeschiedene serbische Präsident Milan Milutinovic stellt sich dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Er bestreitet jede Mitverantwortung für Verbrechen in Kosovo, gilt aber als einer der engsten Mitarbeiter Milosevics.

20. Vereinigung der serbischen Gemeinden in Nordkosovo: Der Serbische Nationalrat von Nordkosovo beschließt einseitig den Zusammenschluss der überwiegend serbisch besiedelten nordkosovarischen Gemeinden Zvecan, Zubin Potok, Leposavic und Nord-Mitrovica. Die UNMIK erkennt diesen Beschluss nicht an.

26. Zahl der Kosovo-Roma strittig: Bei einem Besuch im deutschen Außenministerium zweifelt der kosovarische Ministerpräsident Bajram Rexhepi die Zahl von 100.000 kosovarischen Roma, die als Flüchtlinge in Deutschland leben, entschieden an; es habe nie mehr als 40.000 Roma in Kosovo gegeben. Es handle sich größtenteils um Roma aus anderen Balkanländern, die sich als angebliche Kosovaren einen besseren Abschiebeschutz erwarten.

31. Prodi in Tirana: EU-Kommissionspräsident Romano Prodi eröffnet in Tirana offiziell die Gespräche mit der Regierung über ein EU-Assoziierungsabkommen und hält eine Rede im Parlament.

■ Februar 2003

3. Unabhängigkeitsresolution im Kosovo-Parlament: Aus Protest gegen die in der neuen serbisch-montenegrinischen Verfassung verankerte Position, Kosovo sei ein Teil Serbiens, bringen 42 Mitglieder des Kosovo-Parlaments eine Unabhängigkeitsresolution ins Parlament ein, was von der UNMIK als rechtswidrig zurückgewiesen wird; sie wird zunächst nicht auf die Tagesordnung des Parlamentes gesetzt.

3. Exbürgermeister von Rahovec verurteilt: Der frühere serbische Bürgermeister von Rahovec (serb. Orahovac), Anđelko Kolasinac, wird von einem internationalen Gericht in Prizren wegen Verbrechen gegen Zivilisten zu acht Jahren Haft verurteilt. Seine seit 1999 dauernde Untersuchungshaft wird angerechnet.

4. Jugoslawien aufgelöst: Nach den Republikparlamenten von Serbien und Montenegro stimmt auch das jugoslawische Bundesparlament für den Verfassungsentwurf zu einem Staatenbund „Serbien und Montenegro“. Ein Referendum über völlige Unabhängigkeit der Republiken ist nach drei Jahren möglich. Die Albaner in Serbien, Montenegro und Kosovo protestieren gegen eine Vorschrift, dass Kosovo ein Teil Serbiens bleiben soll, wenn die Konföderation zerbricht. Die beiden albanischen Abgeordneten im montenegrinischen Parlament lehnen am 13.2. die Entsendung eines albanischen Vertreters aus Montenegro ins neue Bundesparlament deshalb ab.

8. Razzia in „Südserbien“: In dem überwiegend albanisch besiedelten Presheva-Tal nehmen serbische Sicherheitskräfte großangelegte Hausdurchsuchungen vor und verhaften mehrere Personen wegen Waffenbesitz und Vorbereitung von Gewaltakten. Mehrtägige Proteste der Albaner sind die Antwort.

11. Serbien fordert Auslieferung von UÇK-Führern: Der serbische Justizminister Vladan Batic fordert von der UNMIK die Auslieferung der früheren UÇK-Führer Hashim Thaçi (heute PDK-Chef), Ramush Haradinaj (AAK-Vorsitzender) und Agim Ceku (Kommandeur der TMK) wegen Kriegsverbrechen.

12. Gipfeltreffen in Tirana: Die Präsidenten Kroatiens, Stipe Mesic, und

Makedoniens, Boris Trajkowski, treffen in Tirana mit dem albanischen Präsidenten Alfred Moisiu zusammen. Bei dem Treffen standen in zwei Sitzungen die Integration in die NATO bzw. die EU im Vordergrund.

15. AKSH verübt Anschlag: Auf ein Gericht in Struga (Makedonien) wird ein Sprengstoffanschlag verübt; es gibt keinen Personenschaden. Die seit Wochen verstärkt aktive Albanische Nationalarmee (AKSH) bekennt sich dazu. Die UÇK-Nachfolgepartei BDI und die PDSH distanzieren sich scharf.

17. UÇK-Kämpfer nach Den Haag: Erstmals werden drei frühere UÇK-Führer von der KFOR festgenommen, um Haftbefehle des Haager Tribunals zu vollstrecken; es handelt sich um Haradin Balaj („Shala“), Isak Musliu („Qerqizi“) und Agim Murtezi („Murrizi“). Ihnen werden die Entführung und Ermordung von 23 serbischen und albanischen Zivilisten während der Kämpfe 1998 vorgeworfen. Am 18.2. wird ein weiterer Angeklagter, der PDK-Abgeordnete Fatmir Limaj, in Slowenien festgenommen. – Mehrere frühere kosovarische Politiker wie Adem Demaçi und Bujar Bukoshi sehen darin eine Kriminalisierung der gerechtfertigten Erhebung der Albaner.

20. Seselj will sich stellen: Der Chef der rechtsextremen Serbischen Radikalen Partei, Vojislav Seselj, will sich dem Gericht in Den Haag stellen; der Cetnikführer wird wegen Kriegsverbrechen gesucht.

23. AKSH tötet serbischen Polizisten: Bei Bujanovac wird ein serbischer Polizist durch einen Bombenanschlag getötet, zwei werden verletzt. Die AKSH bekennt sich zu dem Attentat.

25. Serbischer Kommunalverband in Kosovo gegründet: 300 serbische Kommunalpolitiker gründen in Mitrovica einen Verband der serbischen Gemeinden in Kosovo und Metohija. Sie warnen die internationale Gemeinschaft scharf vor einer Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos und kündigen die Verteidigung der Integrität Serbiens an. Die UNMIK lehnt monoethnische Verbände in Kosovo ab.

25. Keine UÇK-Verfahren in Makedonien: Justizminister Ibrahim Dardhishta (BDI) und Generalstaatsanwalt Aleksandar Prcovski haben sich darauf verständigt, keine weite-

ren Strafverfahren gegen frühere Mitglieder der UÇK durch zu führen; die PDSH hatte der Regierung vorgeworfen, die im Ohrider Abkommen vorgesehene Amnestie zu unterlaufen.

■ März 2003

4. Gesundheitsminister Kosovos entlassen: Ministerpräsident Rexhepi entlässt den bisherigen Gesundheitsminister Numan Balic vom bosnischen Parteienbündnis Vatan wegen unzureichender Arbeitsqualität und Illoyalität; Balic protestiert heftig und verlangt ein Einschreiten des Präsidenten Rugova und des Verfassungsgerichtes. Rugova kritisiert Rexhepis willkürliches Vorgehen. Rexhepi ernennt mit Resmije Mumxhiu (Türkische Demokratische Partei) das erste weibliche Kabinettsmitglied.

4. Massenverkauf von serbischem Besitz in Kosovo: Nach Angaben der Tageszeitung „Blic“ wurden in den letzten Jahren 15.000 Immobilien von Kosovo-Serben an Albaner verkauft. Der Landwirtschaftsminister von Kosovo, der Serbe Goran Bogdanovic, betont, dennoch seinen 62% des Bodens in Kosovo im Besitz von Serben, was bei Teilungsplänen berücksichtigt werden müsse.

7. Marovic Präsident von Serbien-Montenegro: Das serbisch-montenegrinische Parlament wählt den Montenegriner Svetozar Marovic von der montenegrinischen Regierungspartei DPS zum Präsidenten der neuen Konföderation; er ist zugleich Regierungschef. – Am 17.3. bestätigt das Parlament mit 66 gegen 47 Stimmen bei 2 Enthaltungen die neue Regierung, der nur noch sechs Minister angehören.

9. Albanien verweigert AKSH-Chef die Einreise: Der politische Führer der AKSH, Gafur Adili (Pseudonym Valdet Vardari), darf nicht nach Albanien einreisen; er wird am Flughafen Rinas wegen eines makedonischen Haftbefehls abgewiesen.

12. Djindjic ermordet: Der serbische Ministerpräsident Zoran Djindjic wird in Belgrad von einem unbekanntem Heckenschützen getötet. Das Attentat löst eine Entlassungswelle im Justizapparat aus; am 19.3. wird der stellvertretende Generalstaatsanwalt Milan Sarajlic verhaftet. Die Täter

werden im Umfeld der bosnischen Serbenführer Mladic und Karadzic in Zusammenarbeit mit dem früheren Geheimdienst oder der organisierten Kriminalität („Zemun-Clan“) vermutet. Die amtierende Präsidentin Serbiens, Nataša Micić, verhängt den Ausnahmezustand. Der Mord wird in Serbien und den Nachbarstaaten tief bedauert. Geplante Gespräche zwischen der serbischen Regierung und der UNMIK werden vertagt. – Am 25.3. wird ein Mitglied einer Polizei-sondereinheit als Mörder festgenommen. Am 27.3. werden zwei Bandenführer des Zemun-Clans von der Polizei erschossen. Auch gegen Milosevics Frau Mira Markovic wird ermittelt.

18. Zivkovic neuer Ministerpräsident: Das serbische Parlament wählt den bisherigen Innenminister Zoran Zivkovic zum neuen Regierungschef.

19. Albanien im Irak-Krieg: Am Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak beteiligen sich die meisten osteuropäischen Länder mit kleinen Kontingenten, so Albanien mit 70 Soldaten.

19. Minderheitenparteien in Kosovo bilden Fraktion: Zehn Abgeordnete von Parteien der Bosnier, Türken, Roma, Ashkali und Goranen schließen sich zu einer gemeinsamen Fraktion im Kosovo-Parlament zusammen.

24. Passgesetz in Makedonien: Mit breiter Mehrheit billigt das makedonische Parlament das neue Passgesetz. Danach werden Reisepässe auf Makedonisch und Englisch und auf Wunsch des Passinhabers auch auf Albanisch ausgestellt. Die oppositionelle Albanerpartei PDSH protestiert; sie fordert, dass die Pässe automatisch dreisprachig hätten sein sollen.

30. Dinosa führt UDSH: Der 4. Parteitag der UDSH, der größten Albanerpartei in Montenegro, wählt in Ulqin den Parlamentsabgeordneten Ferhat Dinosa zum neuen Vorsitzenden; er wird in einer Kampf-abstimmung gegen den bisherigen Vorsitzenden, den Bürgermeister von Ulqin Fuad Nimani, gewählt.

31. EU löst NATO in Makedonien ab: Die internationale Militärpräsenz in Makedonien zur Verhinderung neuer Kämpfe zwischen Albanern und Makedoniern geht von der NATO auf die EU über.

„Stadt in Stein“ bald Weltkulturerbe?



Das Ministerium für Kultur, Jugend und Sport hat am 23.01.2003 beim Welterbekomitee der UNESCO in Paris die Antragsunterlagen für die Aufnahme Gjirokastras in die Welterbeliste eingereicht. Die Antragsunterlagen umfassen technischen Daten über die Stadt sowie 32 ihrer Monumente, einen Managementplan, einen 10-Jahresplan sowie Karten- und Fotomaterial zu den 32 Objekten.

Ladi Gjonaj, Kabinettschef im Ministerium für Kultur, Jugend und Sport, zufolge hegt man in Albanien große Hoffnungen, daß der Antrag im Juni positiv beschieden wird. Das würde seiner Meinung nach bedeuten, daß die albanische Politik und Öffentlichkeit, aber auch die Bewohner der Stadt ein größeres Verantwortungsbewußtsein für die Museumsstadt zeigen müßten. Gleichzeitig aber besteht auch die berechtigte Hoffnung, im Falle der Aufnahme in die Liste des Weltkulturerbes ausländische Stiftungen und Investoren zu finden, die die dringend notwendigen Restaurierungsmaßnahmen zum Erhalt der Stadt unterstützen. So könnte die Stadt auch noch attraktiver für den Tourismus werden, so wie es in Butrint geschehen ist, das 1993 als erster albanischer Ort in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen worden ist.

Digitale Katalogisierung im Nationalen Historischen Museum

Wie der Direktor des Nationalen Historischen Museums, Mojkom Zeqo, mitteilte, soll eine Arbeitsgruppe des Museums die rund 4.000 Objekte aus dem Fundus - von der Antike bis zur Neuzeit - digital katalogisieren. In einem bis Juni 2003 befristeten Programm sollen mit den Objektbeschreibungen samt Digitalfotos eine Datenbank nach internationalem Standard aufgebaut werden. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für die Registrierung von Kunstwerken in Tirana durchgeführt.

Massiver Gebrauch von Fremdwörtern - Gefahr für die albanische Sprache

Der massive Gebrauch von Fremdwörtern stellt nach Ansicht des stellvertretenden Direktors des Instituts für Sprache und Literatur, Enver Hysa, eine ernstzunehmende Gefahr für die albanische Sprache dar. Wie Hysa betonte, trifft dies nicht nur auf die Alltagssprache zu, sondern auch auf die Sprache in den staatlichen Institutionen, den Printmedien und den elektronischen Medien, in Schulen und Universitäten. Als Beispiel nennt Hysa den Gebrauch der technisch-wissenschaftlichen Terminologie. Obwohl die betreffende Terminologie durchaus in den Wörterbüchern der albanischen Sprache zu finden sei, würden vielfach fremdsprachige Begriffe bevorzugt. Diese Problematik wurde bereits im vergangenen November auf einer sprachwissenschaftlichen Konferenz in Tirana diskutiert, die seinerzeit einen Appell u.a. an die albanische Regierung, die akademischen Einrichtungen und die Medien gerichtet hat, die albanische Sprache vor allzu starken Fremdeinflüssen zu schützen.

Laut Hysa wird in diesem Zusammenhang gegenwärtig beim Institut für Sprache und Literatur eine Stelle zur Kontrolle der Standardsprache in den Medien, den Schulen, Universitäten und sonstigen öffentlichen Einrichtungen errichtet.

Genug ist genug... Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit



Der Verband der Balkan-Jugend und die Albanische Nationale Debatten-Vereinigung haben am 15. März eine Kampagne zur Sensibilisierung der albanischen Öffentlichkeit gegen negative Phänomene wie verantwortungslose Politik, organisiertes Verbrechen, Blutrache, Diskriminierung von Minderheiten gestartet. Mit phantasiereichen Aktionen sollen breite Kreise der Bevölkerung zur Zivilcourage ermutigt werden. Dabei soll auch der Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und die Verschlechterung des Niveaus von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen geführt werden. Die Zielsetzung der Kampagne wird von ihrem Direktor, Erion Veliqaj, mit folgenden Worten zusammengefaßt: „Die Leute haben sich mit einer Realität abgefunden, von der sie glauben, daß sie sie nicht ändern können, sie sind immun gegen Korruption und tolerieren Ungerechtigkeiten. Diese Tatsache soll und muß sich ändern.“

Zu den offiziellen Unterstützern dieser Kampagne gehören neben verschiedenen Botschaften (darunter auch der deutschen), den Vertretungen internationaler Organisationen in Albanien auch zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen.



Wohnungslosigkeit: ernsthaftes soziales Problem

Die Wohnungsnot ist in Albanien trotz des Baubooms in den letzten Jahren weiterhin ein ernsthaftes soziales Problem. Laut Angaben des Ministeriums für Territorialverwaltung und Tourismus sind in ganz Albanien insgesamt 47.000 Familien als wohnungslos registriert, die sich in zwei Kategorien aufteilen lassen. Zur ersten Gruppe gehören 9.670 Familien, die sehr dringend Wohnraum benötigen, da sie ihre Wohnungen aufgrund der gesetzlichen Rückgabe an frühere Eigentümer verloren und Wohnungen von Emigranten besetzt haben, die nach 1990 das Land verlassen haben. Zur zweiten insgesamt rund 36.000 Familien umfassenden Gruppe gehören Familien, die sich mit mehreren anderen eine Wohnung teilen müssen oder in Schülerheimen, hygienisch bedenklichen Räumen wie z.B. Kellern leben.

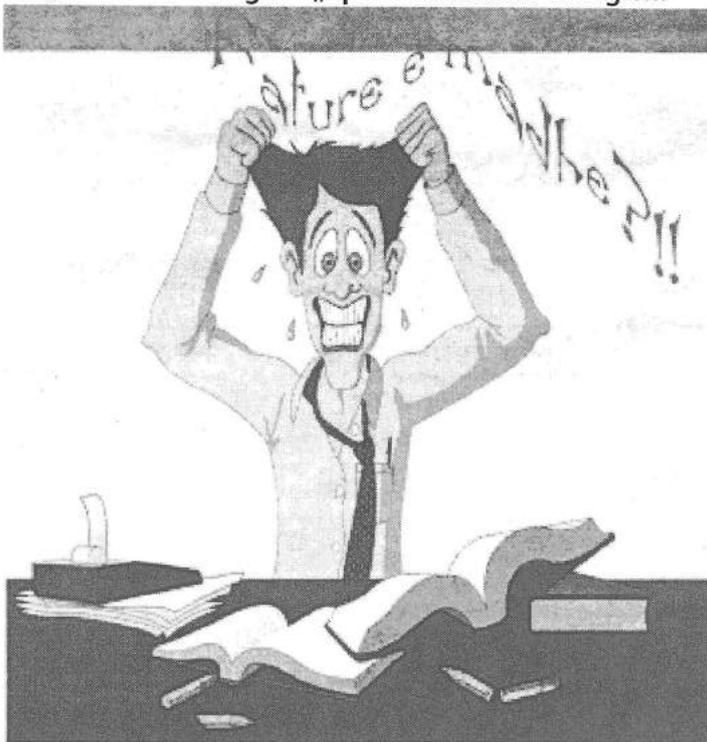
Rund 6.000 dieser Familien haben ihre Wohnungen im Zusammenhang mit dem Kollaps des Pyramiden-systems verloren.

In einem mittelfristig angelegten Programm des Ministeriums für Territorialverwaltung und Tourismus soll die Zahl der wohnungslosen Familien bis 2005 um 30 % gesenkt werden. Das Programm soll in drei Richtungen wirken: die Errichtung von kostengünstigen Wohnungen, die Vergabe günstiger Kredite sowie die Unterstützung von Renovierungsmaßnahmen bei Wohnungen in Gemeinschaftseigentum.

Als ein erster Schritt sollen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung von günstigem Wohnraum geschaffen werden, dazu gehören u.a. Vergünstigungen im steuerlichen Bereich für die Wohnungsbaugesellschaften sowie die Bereitstellung staatlicher Grundstücke.

In diesem Jahr soll auch die zweite Phase der Umsetzung eines Kredits der griechischen Regierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Albanien beginnen. Außerdem werden die Bemühungen fortgeführt, daß Albanien zur Bewältigung des Problems der Wohnungslosigkeit in den Fond für soziale Entwicklung des Europarates aufgenommen wird.

„Riesenrechnung!!“ - „Spare elektrische Energie!!!“



Kurse Energjinë Elektrike!!!

Anzeige der KESH in „Albania, März 2003“

KESH
Kompania e Energjitikës
Shqiptare

Was ich zunächst für eine Karikatur auf die KESH hielt, stellte sich dann als eine echte Anzeige heraus, die zeigt, wie frech und zynisch die KESH (das albanische Stromversorgungsunternehmen) mit ihren Kunden umgeht:

„Riesenrechnung!!“ Seit Monaten bekommen dutzende Leute ungeheure Stromrechnungen, die sie nicht bezahlen können oder wollen. Vor den winzigen Zahlstellen der KESH stehen lange Schlangen von schimpfenden und sich beschwerenden Leuten. Die neuen Stromzähler sind verschlossen und versiegelt, niemand kann seinen eigenen Verbrauch kontrollieren. Das führt zu riesigem Unmut über Ungerechtigkeiten, denn Ableser werden bestochen, so wird die Rechnung niedriger, andere zahlen nur eine Pauschalsumme, wieder andere trifft eine für sie astronomische Rechnung (3.000; 5.000, 8.000 Lek) wie ein Schlag.

„Spare elektrische Energie!!!“ – eine weitere Zumutung. In Tirana ist der Strom zur Zeit, im März 2003, für mindestens vier Stunden pro Tag unterbrochen, von 13 – 16 h und nochmals abends von 19 bis 20 h. In anderen Städten sieht die Versorgungslage noch viel schlechter aus. Strom steht nirgends frei zur Verfügung, man nutzt ihn, wenn man welchen hat, zum Kochen, Heizen, für sein Kleingewerbe usw. Sparen kann man nur, wenn man jederzeit Zugang hat. Viele albanische Familien, ganz besonders Rentner, haben den Winter über kaum geheizt, sie machen ihre elektrischer Heizung nur 1 Stunde pro Tag an, die Heißwasserboiler werden nur zweimal pro Woche für eine Dusche angestellt usw. Viele fürchten die hohen Stromrechnungen. Es gibt aber keine billigeren Alternativen, Holz und Gas sind ebenfalls sehr teuer.

Jochen Blanken, Tirana

Die windstille Ecke: Die Albaner in Montenegro

Die ungelöste „Albanische Frage“ ist zum wichtigsten Problem der europäischen Politik geworden. Nach den militärischen Konflikten in Kosovo, Südserbien und Makedonien vermochte die Tatarenmeldung, auch unter der verschwindenden albanophonen Minderheit in Griechenland sammle sich eine „Befreiungsarmee der Çamëria“ (UÇÇ), kurzzeitig Schlagzeilen zu erzeugen. Weitgehend ignoriert wurde dabei die nordwestliche Ecke des kompakten albanischen Siedlungsraums, die an Nordalbanien und Kosovo angrenzenden Gebiete Montenegros.

Zahlen und verfassungsrechtliche Stellung der Minderheiten

Die Albaner sind nicht die größte Minderheit der Republik. Nach der Volkszählung von 1991 stehen sie an vierter Stelle nach der Staatsnation, den bosnischen Muslimen und den Serben.

Tabelle 1: Volkszählung 1991

Montenegriner	380.467	61,9 %
Muslime/Bosnier	89.614	14,6 %
Serben	57.453	9,3 %
Albaner	40.415	6,6 %
„Jugoslawen“	26.159	4,3 %
Kroaten	6.244	1,0 %
Roma	3.282	0,5 %
Makedonier	1.072	0,2 %
Sonstige	10.329	1,7 %
Summe	615.085	100,0 %

Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe: Montenegro 2000. Bern Juni 2000, www.fluechtlingsrat.org/download/LageberichtMontenegro.pdf (Prozentwerte neu berechnet)

In der Gemeinde (alb. *komunë*, serb. *opština*) Ulqin (serb. Ulcinj) liegt der albanische Bevölkerungsanteil ziemlich konstant bei 72 %.

Anders als in Makedonien sind diese Relationen von albanischer Seite nicht grundsätzlich angezweifelt worden. Allerdings gaben bei der Volkszählung 1991 knapp 44.000 montenegrinische Bürger an, ihre Muttersprache sei Albanisch; Nail Draga, ein albanischer Wissenschaftler aus Ulqin, schätzt daher die Zahl der Albaner auf 50.000.

Der natürliche Bevölkerungszuwachs der Albaner Montenegros ist traditionell weit geringer als der der Albaner in Kosovo, Albanien oder Westmakedonien und liegt sogar leicht unter dem der Montenegriner. Bereits kurz nach dem II. Weltkrieg lag ihre Natalität nur bei zwei Dritteln, ihre Mortalität nur bei einem

Drittel des Wertes der Kosovo-Albaner.

Analog zur religiösen Situation in Kosovo sind die meisten Albaner Montenegros Muslime, hauptsächlich Sunniten; in der Malësia gibt es auch zahlreiche Katholiken, während die Orthodoxie als serbische Nationalkirche bei den Albanern so gut wie nicht vertreten ist. Nach der Volkszählung von 1953 waren 61,2% der Albaner Muslime, 35,5% Katholiken. Eine Fortschreibung ist angesichts der dynamischen Bevölkerungsentwicklung, der Emigration und der Folgen des staatlichen Atheismus nicht möglich. 1991 wurde die Konfessionszugehörigkeit unabhängig von der Nationalität erhoben; da auch die Bosnier Muslime und die Kroaten Katholiken sind, lässt sich die konfessionelle Struktur der Albaner

in Montenegro insgesamt nicht exakt berechnen.

In der Gemeinde Ulqin betrug der muslimische Anteil 67%, der orthodoxe 11,6% und der katholische 14,8%. Das Stadtbild von Ulqin wird von 14 Moscheen bestimmt, während die montenegrinische Malësia katholisch geprägt ist.

Die Albaner Montenegros sind in den östlichen Landesteilen konzentriert, die an Albanien und Kosovo grenzen. Ihr Gebiet ist nicht kompakt, weil es vom Shkodra-See zerschnitten wird; südlich liegen die Kraja und die Hafenstadt Ulqin, nördlich das Hochland (Malësia) von Tuz und Plav. In der Gemeinde Ulqin stellten die Albaner 1991 72,1%, in Bar 12,5%, in Podgorica 8,5%, in Plav 20,7% und in Rozaje 3,9%.

Die montenegrinische Verfassung regelt die Rechtsstellung der „nationalen und ethnischen Gruppen“ ohne Erwähnung einzelner in Art. 67-76; danach haben sie das Recht auf Schutz ihrer Identität gemäß internationalen Standards, freien Gebrauch ihrer Sprache in Wort und Schrift einschließlich Schule, Medien, Behörden und Justiz, Gebrauch ihrer nationalen Symbole, Vereinigungsfreiheit mit staatlicher Subventionierung, Berücksichtigung in den Lehrplänen, anteilige Berücksichtigung im öffentlichen Dienst, in Vertretungen und Staatsorganen, Kontakte zu Konnationalen und Mitwirkung in internationalen NGO's außerhalb des Landes, soweit dies nicht zum Schaden Montenegros ist. Die Ausübung der Rechte steht unter dem Vorbehalt, dass sie nicht gegen die Verfassung, „internationale Prinzipien“ und die territoriale Integrität Montenegros erfolgen darf. Ein Minderheitenrat unter Leitung des Präsidenten ist vorgesehen.

Historisches

Montenegro genoss unter der formalen Hoheit des Osmanischen Reiches einen Sonderstatus, der praktisch Autonomie bedeutete. Nach der Proklamation des Fürstentums (1852) dehnte es sich in alle Richtungen aus; verschiedene Grenzstämme (Kuçi, Vasojevici) schwankten in ihrer Loyalität oft hin und her.

Tabelle 2:
Natalität, Mortalität und natürlicher Bevölkerungszuwachs der Albaner 1953-1971 (Fälle pro Tausend Einwohner)

		1953	1961	1971
Albaner in Jugoslawien	Natalität	47,5	45,3	40,5
	Mortalität	25,2	14,0	9,4
	Zuwachs	22,3	31,3	31,1
Albaner in Montenegro	Natalität	29,5	26,7	19,2
	Mortalität	8,1	7,6	5,4
	Zuwachs	21,4	19,1	13,8
Albaner in Kosovo	Natalität	45,9	46,3	42,3
	Mortalität	25,1	14,1	8,7
	Zuwachs	20,8	20,8	33,6
Albaner in Makedonien	Natalität	57,2	47,4	39,6
	Mortalität	28,6	15,9	11,2
	Zuwachs	28,6	31,5	28,4
Albaner in Albanien	Natalität	38,5	43,3	32,5
	Mortalität	14,0	10,4	9,2
	Zuwachs	24,5	32,9	23,3
Montenegriner in Montenegro	Natalität	34,6	29,7	23,2
	Mortalität	11,6	7,6	7,4
	Zuwachs	23,0	22,1	15,8

Für Albanien wurden die Zahlen der Volkszählungen von 1950, 1960 und 1970 verwendet.

Quelle: Roux, Michel: *Les Albanais en Yougoslavie*. Paris 1992, S. 152; *Vjetari Statistikor* 1991. Tirana 1991, S. 41.

Das Fürstentum konnte die ihm im Frieden von San Stefano (19.2.1878) zugesprochenen Gebiete nicht halten, die es durch Einbeziehung von Teilen des Sancaks von Novipazar, dem Gebiet der Kuçi, Hoti, Kelmendi und Gruda sowie mehreren Städten, die wie Ulqin albanisch geprägt waren, bis an den Stadtrand von Shkodra fast verdreifachten.

Auf dem Berliner Kongress (1878) war die Abgrenzung Montenegros besonders strittig. Es konnte den Küstenort Bar (serb. Tivar) behalten; Ulqin hingegen blieb vorerst beim Osmanischen Reich, also bei Albanien. Eine ad hoc gebildete Grenzkommission legte dem Kongress am 4.7.1878 einen Vorschlag vor, der trotz des Widerstandes der Türkei in den Vertrag einging. Montenegro erhielt die Gebiete der Kuçi und der Vasojevici sowie zunächst das Gebiet von Gusinje und Plava. Besonders letztere Entscheidung traf auf den Widerstand der in der Liga von Prizren organisierten muslimischen Albaner, einerseits, weil somit eindeutig albanisches Gebiet unter die Herrschaft Cetinjes kommen

sollte, andererseits, weil die neuen Grenzen traditionelle Handels- und Weidewanderungswege durchschnitteten. Entgegen dem Berliner Vertrag konnten die Montenegriner lediglich die Abtretung Kolasins im Oktober 1878 durchsetzen, nicht aber der anderen Gebiete; die Abtretung Gusinjes scheiterte am Widerstand der Liga und führte zur Tötung des osmanischen Vertreters auf dem Berliner Kongress, Mehmet Ali Pasha, in Gjakova (serb.: Djakovica). Statt des überwiegend muslimischen Gusinje-Gebietes erhielt Montenegro 1880 südlich davon liegende Territorien hauptsächlich katholischer Stämme (Hoti, Gruda, Kelmendi). Auch dies wurde seitens der Albaner nicht akzeptiert. Durch Vermittlung Großbritanniens bekam Montenegro stattdessen das Gebiet der Hafenstadt Ulqin, die außerhalb des Einflussbereichs der Malësia-Stämme (mit Ausnahme der Shkreli, die hier ihre Winterweiden hatten) lag. Es gelang ihm wegen des Drucks der Großmächte nicht, das 1913 nach einer langen Belagerung besetzte Shkodra zu halten.

Das 1910 zum Königreich proklamierte Montenegro ging 1918 im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) auf, das 1929 in Königreich Jugoslawien umbenannt wurde. Nach der Besetzung und Zerschlagung Jugoslawiens 1941 stand es unter italienischer, ab 1943 unter deutscher Verwaltung; Überlegungen, es als „unabhängigen“ Satellitenstaat nach dem Vorbild des italienisch besetzten „Königreichs Albanien“ neu zu konstituieren, wurden von der Ereignissen überholt. Das albanisch dominierte Gebiet um Ulqin wurde Albanien zugeschlagen. Nach 1944 wurden die Vorkriegsgrenzen wieder hergestellt; Montenegro wurde eine der sechs Teilrepubliken Jugoslawiens.

Auf Distanz zu Belgrad

Auch nach dem Zerfall Jugoslawiens hielt es an der Union mit Serbien fest. Bei den Präsidentschaftswahlen 1997 besiegte der bisherige Ministerpräsident Milo Djukanovic den Amtsinhaber Momir Bulatovic im zweiten Wahlgang sehr knapp mit einem

Vorsprung von nur 5.218 Stimmen. Diese Wahl polarisierte die montenegrinische Gesellschaft nicht so sehr wegen der Manipulationsvorwürfe als vielmehr wegen der entscheidenden Rolle der albanischen Minderheit, die mit großer Mehrheit für Djukanovic gestimmt und damit den Ausschlag gegeben hatte. Auch bei den Parlamentswahlen 1998 siegte Djukanovics Liste „Besser Leben“ klar.

Nach der Spaltung der Sozialisten (der Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Montenegros aus der Ära des titoistischen Einparteienstaates) konkurrierten die Anhänger Djukanovics als Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) gegen die Sozialistische Volkspartei (SNP). Der wichtigste Dissens zwischen ihnen, der auch die übrige Parteienlandschaft prägt, ist das Verhältnis zu Serbien. Wie schon vor 1918 verstehen sich viele Montenegriner aufgrund der gemeinsamen Sprache als Teil der serbischen Nation; sie wollen aus politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen die Existenz der Bundesrepublik Jugoslawien nicht in Frage stellen. Das Lager um den Präsidenten sieht die Perspektive hingegen in einem selbstständigen Montenegro innerhalb Europas.

Djukanovic ging nach seiner Wahl zum Präsidenten auf Konfrontationskurs zu Milosevic, dessen Unterstützung er ursprünglich hatte. Er stellte die Mitarbeit in den gemeinsamen Bundesorganen ein, nachdem sein Kontrahent Momir Bulatovic am 20.5.1998 zum jugoslawischen Ministerpräsidenten gewählt worden war; seine Anhänger zogen sich daraufhin aus der Republikenkammer zurück. Die DPS boykottierte 2000 die jugoslawischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Ein weiterer Schritt zur Loslösung von Jugoslawien war die Einführung der Deutschen Mark im November 1999 zunächst als Parallelwährung zum Dinar, ein Jahr später als einzige Währung, die am 1.1.2002 durch den Euro abgelöst wurde.

Es gelang Djukanovic, Montenegro aus dem Kosovo-Krieg weitgehend heraus zu halten. Er lehnte die Verkündung des Ausnahmezustandes

und die Unterstellung seiner Polizei unter die Bundesarmee ab und statete sogar auf dem Höhepunkt der Kämpfe Bundeskanzler Schröder einen offiziellen Besuch ab. Außer NATO-Luftangriffen auf Stützpunkte der jugoslawischen Luftwaffe blieb das Land vom Krieg verschont. Der Sturz Milosevics und die Demokratisierung in Serbien schwächten Djukanovics internationale Position. Er fand international keinen Rückhalt mehr für seinen Unabhängigkeitskurs. Auch werden ihm autoritäre Methoden sowie (besonders seitens Italiens und der EU) Verwicklung in Zigaretten schmuggel vorgeworfen; entsprechende Berichte in den italienischen Medien finden regelmäßig großen Widerhall in der Belgrader Presse. Bei der Klage der Europäischen Union gegen den US-Tabakkonzern R.J. Reynolds Nabisco, die am 30.10.2002 vor dem Bezirksgericht New York erhoben wurde, ging es u.a. um den Vorwurf der Bestechung von Djukanovic und anderen ranghohen Funktionären Montenegros.

Bei den Parlamentswahlen 2001 suchte er ein klares Mandat für seinen Kurs, das ihm die Wähler verweigerten. Sein Bündnis „Sieg für Montenegro – Demokratische Koalition Milo Djukanovic“ erhielt nur 36 der 77 Mandate; seine Konkurrenten von „Gemeinsam für Jugoslawien“ (Sozialistische Volkspartei, Serbische Volkspartei und Volkspartei) erhielten nur 5.500 Stimmen weniger und 33 Mandate. Der noch klarer nach Unabhängigkeit strebende Liberale Bund Montenegros (LSCG) rettete ihm mit 6 Sitzen zunächst die Mehrheit; auch die beiden Einzelmandate der albanischen Parteien, der Demokratischen Liga in Montenegro (*Lidhja Demokratike në Mal të Zi*, LDMZ) und der Demokratischen Union der Albaner (*Unioni Demokratik i Shqiptarëve*, UDSH), unterstützten ihn in der Frage der Unabhängigkeit.

Obwohl Djukanovic für den April 2002 ein Referendum über die völlige Unabhängigkeit angestrebt hatte, wurde auf Druck und unter Vermittlung des Außenpolitischen Beauftragten der EU Javier Solana am 14.3.2002 durch Vertreter Serbiens, Montenegros und des bisherigen Jugoslawien in Belgrad ein

Abkommen über eine Staatengemeinschaft „Serbien und Montenegro“ unterzeichnet, die die bisherige Bundesrepublik Jugoslawien ablösen sollte. Allerdings wurde Montenegro darin die Möglichkeit eingeräumt, nach drei Jahren ein Referendum über eine völlige Unabhängigkeit abzuhalten. Serbien würde in diesem Falle als völkerrechtlicher Nachfolgestaat gelten und die Hoheit über Kosovo erben. Die Frage einer gemeinsamen Währung wurde nicht geklärt. Der LSCG kündigte seine Unterstützung der Regierung auf und ging nach den Kommunalwahlen am 15.5.2002 sogar Bündnisse mit der Oppositionskoalition „Gemeinsam für Jugoslawien“ ein. Das Abkommen wurde am 9.4.2002 von den Parlamenten Serbiens und Montenegros (dort mit 58 gegen 11 Stimmen) angenommen. Die Sozialdemokratische Partei Montenegros (SDP) beendete daraufhin die Koalition. Neuwahlen waren die unvermeidliche Folge.

Absage an Jugoslawien

Die Wahlen wurden auf den 20.10.2002 angesetzt. Insgesamt wurden zehn Listen eingereicht; so wenige waren es zuletzt 1990 bei den ersten pluralistischen Wahlen. (1992 standen 18 Listen auf dem Stimmzettel; 1996 waren es gar 19, 1998 immerhin noch 17 und 2001 16.) Diesmal bildeten viele kleinere Parteien von vornherein Wahlbündnisse, um nicht zu scheitern. Die Polarisierung vollzog sich nicht anhand des Rechts-Links-Schemas, sondern anhand der Frage: „Für ‚Milo‘ und gegen Jugoslawien“ oder „Gegen Djukanovic und für Jugoslawien“. Die Umfragen sagten ein Kopf-an-Kopf-Rennen und erneut unklare Mehrheitsverhältnisse in der neuen Skupstina voraus. Die kleinen ethnischen Parteien sahen hier ihre Chance, als Mehrheitsbeschaffer ein Maximum an Forderungen für ihre Minderheit heraus zu holen.

Gewählt wurde nach einem Listenwahlrecht auf der Basis des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens. Dieses System war nicht unstrittig. Die Verfassung enthält außer dem Be-

Tabelle 3: Parteien und Listenverbindungen

	Unabhängigkeitsbefürworter	Projugoslawisten
Extreme Rechte:		1. Patriotische Koalition für Jugoslawien 2. Serbische Radikale Partei (SRS)
Liberaler und Konservative:	1. Liberaler Bund (LSCG)	
Ethnische Parteien:	1. Demokratische Koalition Albaner Gemeinsam (UDSH, LDMZ, PPD) 2. Bosnische Koalition	1. Bosnische Demokratische Koalition – Harun Hadzic
Gemäßigte Linke:	1. Demokratische Liste für ein europäisches Montenegro - Milo Djukanovic (DPS, SDP)	1. Gemeinsam für Veränderungen (SNP, SNS, NS)
Extreme Linke:		1. Sozialistische Partei Jugoslawiens mit Kommunisten

(Eine weitere Liste der „Partei für den Schutz der Ersparnisse und der sozialen Sicherheit der Bürger“ kann hier vernachlässigt werden.)

kenntnis zu freien, gleichen und geheimen Wahlen lediglich die Richtzahl, dass auf 6.000 Wähler ein Abgeordneter kommen solle. Das Parlament beschloss seine eigene Verkleinerung von 77 auf 75 Mitglieder. Die südöstlichen Gebiete mit albanischer Mehrheitsbevölkerung haben einen Sonderstatus; in ihnen wird getrennt ausgezählt, um die Repräsentation der Albaner zu sichern. Mit der Begründung, dass in diesen Gebieten die Bevölkerungsbzw. Wählerzahl rückläufig sei, beschloss das Parlament entgegen dem Rat internationaler Institutionen, in dieser Sonderzone künftig nur noch vier statt bisher fünf Abgeordnete wählen zu lassen. Die Wahllokale schlossen am Sonntag, 20. Oktober 2002, um 21 Uhr. Bald zeichnete sich ab, dass die Meinungsforscher die tatsächliche Stimmung nicht erfasst hatten:

- Die Djukanovic-Koalition lag klar vor dem Bündnis „Für Veränderun-

gen“ und verfügte jetzt über eine absolute Mehrheit der Mandate.

- Der LSCG konnte nicht glaubhaft machen, dass seine Opposition zum Präsidenten und seine Annäherung an die SNP nicht gleichbedeutend mit einer Abkehr vom Kurs der Unabhängigkeit sei; er konnte gerade noch ein viertes Mandat (von bisher sechs) halten.
- Die beiden bosnischen Listen blieben weit hinter den Erwartungen zurück; sie sind in der Unabhängigkeitsfrage völlig zerstritten, weil eine von ihnen die staatliche Einheit mit dem zu Serbien gehörenden, aber von Muslimen bewohnten Sandzak von Novipazar nicht aufgeben wollte. Auch die Bosnier des Sandzak sind völlig zerstritten; dort konkurrieren mehrere Parteien und Listen gleichen und ähnlichen Namens. Nicht einmal über das Selbstverständnis als „Bosnier“, als „Muslime“ oder als „Montenegriener muslimischen Glaubens“ besteht Einigkeit.

- Der rechtsextremen „Patriotischen Koalition“, zu der der von Vojislav Seselj geführte Flügel der SRS, die Jugoslawische Vereinigte Linke von Milosevics Frau Mirjana Markovic, die Volkssozialistische Partei (NSS) des früheren Präsidenten Momir Bulatovic und die Partei der Devisensparer (SDS) gehört, fehlten nur ca. 700 Stimmen an einem Mandat; sie scheiterte faktisch an der Kandidatur eines konkurrierenden SRS-Flügels.
- Die albanische Koalition, die auch aufgrund von Empfehlungen aus Kosovo zustande gekommen war, hielt die beiden Sitze, die die bisher getrennt kandidierenden LDMZ und UDSH zusammen hatten, verfehlte aber das angestrebte dritte Mandat. In der Addition waren also 198.221 Stimmen auf die Befürworter der Unabhängigkeit und 149.416 Stimmen auf die projugoslawischen Formationen entfallen; die Relation liegt jetzt also bei ca. 56 : 44 %.

Tabelle 4: Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 20.10.2002

Liste	Stimmen 2002	Stimmen 2001	% 2002	% 2001	Mandate 2002	Mandate 2001
1. Patriotische Koalition für Jugoslawien	9.911	10.702 (NSS) 4.275 (SRS) 190 (JUL) 639 (SDS)	2,81	2,94 (NSS) 1,18 (SRS) 0,18 (SDS) 0,05 (JUL)	0	0
2. Gemeinsam für Veränderungen (SNP, SNS, NS)	133.894	148.513	37,92	40,87	30	33(SNP 19, NS 11, SNS 3)
3. Partei für Ersparnisse und soziale Bürgerrechte	857	199	0,24	0,05	0	0
4. SPJ mit Kommunisten	2.292	1.640	0,65	0,45	0	0
5. LSCG	20.306	28.746	5,75	7,91	4	6
6. Bosnische Demokratische Koalition Harun Hadzic	2.480	4.046	0,70	1,11	0	
7. Bosnische Koalition	2.173	s. oben	0,62	s. oben	0	0

Liste	Stimmen 2002	Stimmen 2001	% 2002	% 2001	Mandate 2002	Mandate 2001
8. Demokratische Koalition Albaner Gemeinsam	8.498	4.232 (UDSH) 3.570 (LDMZ) 1.572 (PPD)	2,41	1,16 (UDSH) 0,98 (LDMZ) 0,43 (PPD)	2	1 (UDSH) 1 (LDMZ)
9. SRS	839	-	0,24	-	0	-
10. Demokratische Liste für ein europäisches Montenegro – Milo Djukanovic	167.244	153.946 268 (Sieg für Montenegro) 268 (NS N. Kilibarda)	47,36	43,36 (Sieg für Monten.) 0,07 (NS N. Kilib.)	39	36 (DPS 30, SDP 6)
3. LDP	-	354	-	0,10	-	0
15. Naturgesetzpartei (SPZCG)	-	512	-	0,14	-	0
	363.404				75	77

Quelle: Mitteilung der Wahlkommission der Republik, nach: Pobjeda 24.10.2002

Die Beteiligung lag bei 77,2 %; nach der zweimal am 50%-Quorum gescheiterten Präsidentschaftswahl in Serbien und im Vergleich zu den Kommunalwahlen in Kosovo ist das ein hoher Wert. Auffallend ist dabei das starke Gefälle unter den 20 Gemeinden. In Savnik wählten 88,6 %, in Kolasin 88,4 %, in Pluzine 88,0 %. Die geringsten Beteiligungen verzeichneten Bar mit 68,8 %, Ulqin mit 67,6 %, Rozaje mit 65,2 % und Plav mit 64,5 %.

In den sieben Gemeinden, in denen die Beteiligung zwischen 84,9 und 88,6 % lag, errang das Oppositionsbündnis „Für Veränderungen“ die Mehrheit mit Werten zwischen 64,9 % (Pluzine) und 49,7 % (Mojkovac). Die Ausnahme bildet Herceg Novi, wo es 53,0 % erhielt, obwohl die Wahlbeteiligung bei nur 70,3 % lag. Die schlechtesten Werte erreichte es in Rozaje (zwischen Sandzak und Kosovo) mit 4,9 %, Cetinje mit 9,9 % und Ulqin mit 11,3 %.

In zwölf Gemeinden lag das Djukanovic-Bündnis vorn. Seinen schlechtesten Wert hatte es mit 33,3 % in Andrijevica, seinen stärksten in Rozaje mit 68,9 %.

Der Liberale Bund feierte in der historischen Hauptstadt Cetinje mit 38,5 % sein Rekordergebnis, war aber in Andrijevica, einer Hochburg der Projugoslawisten, mit 0,5 % eine Splitterpartei.

Die rechtsextreme „Patriotische Koalition“ hatte in Herceg Novi mit 5,3 % ihren höchsten Wert, in Rozaje mit 0,2 % den niedrigsten.

Die bosnischen Listen holten ihre Stimmen fast ausschließlich in den Gemeinden Rozaje und Plav, schöpften aber ihr Potential noch weit weniger aus als die Albaner. In Plav an der nordalbanischen Grenze holte die antijugoslawische Koalition stolze 11,0 %, während die projugoslawische Hadzic-Liste nur auf 1 % kam. In Rozaje hingegen errang Hadzic 14,4 %, die konkurrierende Bosnische Koalition nur 6,7 %.

Die „Demokratische Koalition Albaner Gemeinsam“ errang die relative, aber nicht die absolute Mehrheit in der Gemeinde Ulqin mit 46,8 %. Außerdem wurde sie in nennenswertem Umfang gewählt in Plav (10,3 %), Bar (5,3 %), Rozaje (1,8 %), Podgorica (1,7 %). Im Rest des Lan-

des lag sie zwischen 0,0 und 0,1 %. Die bisherigen Abgeordneten Ferhat Dinosha (UDSH) und Mehmet Bardhi (LDMZ) wurden wieder gewählt. Im zeitlichen Vergleich sowie auf die albanische Schwerpunktgemeinde Ulqin bezogen war dieses Ergebnis besonders unbefriedigend. Der Anteil der albanischen Parteien ist absolut und relativ rückläufig. Das trifft in erster Linie die LDMZ.

Bei den Kommunalwahlen in Ulqin am 15.5.2002 kamen die drei Parteien noch auf über 60 %; DPS und SDP erhielten gemeinsam 22,5 %, der LSCG 5,1 % und die SNP 8,3 %. Das Kommunalparlament von Ulqin hat seither folgende Zusammensetzung: UDSH 9 Sitze, LDMZ 6, PPD 6, DPS 8, SNP 3, LSCG 1.

Am 20.10. stimmten 35,3 % der Wähler in Ulqin für Djukanovic, 11,3 % für „Gemeinsam für Veränderungen“ und 3,0 % für die Liberalen. Zahlreiche albanische Wähler stimmen also für die ethnischen Parteien als lokale Interessenvertreter, sehen aber auf Replikalebene in der Djukanovic-Koalition den effizienteren Vertreter.

Tabelle 5: Anteile der albanischen Parteien seit 1996 (Republik und Ulqin)

	1996	1998	2001	Kommunalwahlen 2002	2002
LDMZ	5289 (1,8 %)	5425 (1,6 %)	3570 (1,0 %)	2797	—
UDSH	3849 (1,3 %)	3529 (1,0 %)	4232 (1,2 %)	3251	—
PPD	—	—	1572 (0,4 %)	1608	—
gemeinsam	9138 (3,1 %)	8954 (2,6 %)	9374 (2,6 %)	7656	8498 (2,4 %)
in Ulqin:	(keine Daten verfügbar)				
LDMZ		3024 (26,7 %)		1677 (17,5 %)	—
UDSH		1994 (17,6 %)		2520 (26,2 %)	—
PPD		—		1608 (16,7 %)	—
gemeinsam		5018 (44,3 %)		5805 (60,4 %)	4981 (46,8 %)

Quellen: www.cemi.cg.yu und www.izbori.cg.yu

Die internationalen Wahlbeobachter zeigten sich im Wesentlichen zufrieden mit dem Wahlverlauf und konnten keine systematischen Manipulationen feststellen. Allerdings merkten sie Mängel im häufig geänderten Wahlrecht an; auch habe die Regierung ihre Position für den Wahlkampf instrumentalisiert und sei in den Medien überrepräsentiert gewesen. Auch wurde wiederholt berichtet, dass die DPS Wählern bis zu 100 € für ihre Stimme geboten habe; angesichts der insgesamt sehr geringen Wählerzahl ist das keineswegs unwahrscheinlich.

Die albanischen Parteien zeigten sich aus zwei Gründen enttäuscht: Sie hatten das angestrebte dritte Mandat um ca. 400 Stimmen verfehlt, und sie waren in der neuen Skupstina marginalisiert; sie waren wegen der absoluten Mehrheit der Djukanovic-Liste als Mehrheitsbeschaffer uninteressant und konnten somit in etwaigen Koalitionsverhandlungen nichts für ihre Minderheit bzw. für ihre Region herausholen.

Der Misserfolg hatte zwei Gründe:
- In Ulqin und den anderen Gemeinden mit nennenswertem albanischem Bevölkerungsanteil waren unterdurchschnittlich wenige Bürger zur Wahl gegangen.

- Das Wahlverhalten der Albaner in Montenegro war weit weniger als in Kosovo oder Makedonien ethnisch bestimmt. Die Mitgliederbasis nahezu aller Parteien in Ulqin ist von Albanern dominiert; auch auf der Liste der DPS waren zwei Albaner (Luigj L. Shkrela und Halil Dukoviqi) abgesichert.

Der Bürgermeister von Ulqin und Vorsitzende der Demokratischen Union der Albaner (UDSH), Fuad Nimani, beklagte, den albanischen Wählern fehle das Bewusstsein für die Notwendigkeit eigener nationaler Parteien und räumte zugleich ein, dass die kleinen wirtschaftlich schwachen Parteien nicht in der Lage seien, ihren Wählern attraktivere Angebote zu machen als die großen montenegrinischen Parteien.

Sein Parteikollege Ferhat Dinosa betonte gegenüber der Presse den freien und fairen Verlauf der Wahlen. Für das unzureichende Abschneiden machte er den schwachen Wahlkampf verantwortlich; das Vertrauen, das albanische Publikum werde automa-

tisch für die Koalition der drei albanischen Parteien stimmen, sei unbegründet gewesen. Insbesondere habe die Regierung auch diesmal kurz vor der Wahl ins Straßennetz und in die Wasserversorgung investiert. Dinosa deutete andere Formen der Wählerbeeinflussung an.

Im Mittelpunkt möglicher Verhandlungen mit der künftigen Regierung würden die traditionellen Forderungen stehen:

- gesetzliche Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung,

- Wiedereinrichtung der in den 50er Jahren mit Podgorica verschmolzenen Gemeinde Tuz, die dann die zweite Gemeinde mit albanischer Mehrheit wäre,

- Stärkung der Rolle des Albanischen im Bildungswesen und in der Kultur. Die albanischen Parteien stellten keinen – von vornherein aussichtslosen

- Zählkandidaten für die Präsidentschaftswahlen am 22.12.2002 auf. Überraschend erklärte Djukanovic am 25.11.2002 seinen Rücktritt vom Präsidentenamt. Der bisherige Ministerpräsident Filip Vujanovic war bereits vorher zum Präsidenten der Skupstina gewählt worden und beauftragte Djukanovic mit der Regierungsneubildung; das Kabinett wurde am 8.1.2003 vom Parlament bestätigt. Obwohl das Wahlergebnis eine Beteiligung der Albaner nicht unbedingt erfordert hätte, blieb der UDSH-Politiker Gëzim Hajdinaga Minister für Minderheitenfragen; er hatte dieses Amt bereits unter Vujanovic inne, in dessen Regierung die albanischen Parteien drei Staatssekretäre (zwei von der LDMZ, einer von der UDSH) gestellt hatten.

Vujanovic kandidierte für das Regierungsbündnis für das Amt des Staatspräsidenten. Da die Oppositionskoalition zum Boykott aufrief, errang Vujanovic trotz zehn weiterer Kandidaten eine erdrückende Mehrheit von 83,9%, doch scheiterte (wie bereits zuvor in Serbien) die Wahl an der zu geringen Beteiligung von 45,9% - erforderlich gewesen wären mehr als 50%.

Albanische Medien und Strukturen in Montenegro

Das Medienwesen der Albaner in Montenegro ist überraschend vielfältig: Radio Ulqin ist ein kommunal ge-

tragener Rundfunksender für die Region, das überwiegend in albanischer Sprache sendet. Er arbeitet mit 15 fest angestellten und wenigen externen Mitarbeitern; wegen des Bergrückens gibt es Probleme beim Empfang in der Kraja-Region. Der staatliche Rundfunk- und Fernsehsender RTCC strahlt wöchentlich 0,5-1 h auf Albanisch aus. Albanische Privatsender (Teuta u.a.) versuchen sich zu etablieren.

Das öffentlich-rechtliche Albanische Fernsehen (TVSH) als auch ein privater Sender aus Shkodra (Radio Rozafa) werden empfangen.

Mit „Koha Javore“ (Wöchentliche Zeit) existiert seit Februar 2002 eine Wochenzeitung, die auch eine aktuelle Website (www.kohajavore.cg.yu) besitzt; die Gründung dieser Zeitung erfolgte durch das montenegrinische Parlament; ihr Redaktionssitz ist in der Hauptstadt Podgorica.

Seit 1998 erscheint monatlich die Zeitschrift „Kronika“ (Die Chronik), die zu den albanischen Parteien kritische Distanz hält.

Die wenigen Buchveröffentlichungen der Albaner in Montenegro erscheinen meist im Verlag „art club Ulqin“, der von der „Gesellschaft der Künstler und Intellektuellen Art Club“ gegründet wurde. Diese Gesellschaft organisiert auch wissenschaftliche Tagungen, z.B. 1995 ein gesamtalbanisches Symposium über Gjon Buzuku, den Autor des ersten bekannten gedruckten Buches auf Albanisch, das Messbuch von 1555. In diesem Verlag erscheint mit Subventionen der Regierung und von NGO's die Wissenschafts-, Kultur- und Literaturzeitschrift „Lemba“ (ein altes Wort für einen Kahn).

2001 begann die „Kulturgesellschaft Gjon Buzuku“ mit der Herausgabe einer kleinen Monatszeitschrift „Buzuku“ (Website www.buzuku.cg.yu). In Tuz erscheint seit kurzem eine weitere Kulturzeitschrift, „Malësia e Madhe“.

Dieses Medienangebot ist reichhaltig, jedoch nicht ausreichend für die Organisierung einer albanophonen Parallelgesellschaft. Allenfalls unter der älteren Generation in den Bergdörfern wird es möglicherweise noch Albaner geben, die die serbische Staatssprache nicht beherrschen. Die weitaus meisten Albaner jedoch konsumieren das Staatsfernsehen RTCC und die montenegrinischen Tages-

zeitungen, besonders die regierungsnahen Blätter „Vijesti“ und „Pobjeda“. Auffällig ist, dass in Ulqin Sortimentsbuchhandlungen völlig fehlen; der publizistische Output der Albaner ist in Shkodra leichter erhältlich als in Ulqin selbst, wo nur wenige der zahlreichen Kioske neben Zeitungen auch Bücher anbieten.

Das Kulturzentrum in der Stadtmitte von Ulqin ist in baufälligem Zustand; lediglich das in einem Seitenflügel untergebrachte Radio Ulqin und die Bibliothek, die mit Mitteln des Stabilitätspaktes von der deutschen NGO HELP e.V. instand gesetzt wurde, sind funktionsfähig; allerdings ist der Fundus der Bibliothek sehr gering und unattraktiv, er besteht größtenteils aus Publikationen aus der Tito-Ära in großen Stückzahlen.

Innerhalb des albanischen Raumes ist Shkodra das nächste Subzentrum. Die an der Luigj-Gurakuqi-Universität mittlerweile jährlich stattfindenden internationalen albanologischen Symposien unter dem Titel „Shkodra durch die Jahrhunderte“ (*Shkodra në shekuj*) sind mittlerweile in Thematik und Beteiligung ähnlich breit angelegt wie die inzwischen wieder nach Prishtina zurück verlagerten Internationalen Seminare für albanische Sprache und Kultur und die zahlreichen wissenschaftlichen Tagungen in Tirana. In Ermangelung eigener akademischer Strukturen ist für die Albaner in Montenegro Shkodra der nächstgelegene Standort albanischer Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen.

Anders als die übrigen Minderheiten haben die Albaner eigene, nicht völlig erfolgreiche Parteien aufgebaut:

- Am 9.9.1990 wurde die Demokratische Liga in Montenegro (*Lidhja Demokratike në Mal të Zi*, LDMZ) in Tuz gegründet; sie lehnt sich in Namensgebung und Grundsätzen an die LDK Ibrahim Rugovas in Kosovo an und unterhält gute Kontakte zur PDSH Sali Berishas in Albanien, zur makedonischen PDSH Arben Xhaferis und zur PVD Riza Halimis in Südserbien. Vorsitzender ist der frühere Bürgermeister von Ulqin und jetzige Abgeordnete, Mehmet Bardhi.

- Die 1993 aus einigen Ortsgruppen der LDMZ hervorgegangene Demokratische Union der Albaner (*Unioni Demokratik i Shqiptarëve*, UDSH) hat

die Mutterpartei seit 2001 überflügelt; sie stellt mit Ferhat Dinosa einen Abgeordneten und mit dem Parteivorsitzenden Fuat Nimani den derzeitigen Bürgermeister von Ulqin. Sie ist nicht auf bestimmte Partner festgelegt, unterhält aber Kontakte zu den jeweiligen albanischen Regierungsparteien in Tirana, Prishtina und Tetovo.

- Unter Führung eines weiteren Ex-Bürgermeisters von Ulqin, Osman Rexha, gründete sich im Februar 2001 mit der Demokratischen Wohlstandspartei (*Partia e Prosperitetit Demokratik*, PPD) eine dritte Formation; sie übernahm den Namen der früher dominierenden Albanerpartei Makedonien, die mittlerweile nur noch eine marginale Größe ist.

Verlässliche Mitgliederzahlen sind nicht erhältlich; wie häufig im albanischen Raum werden Familien als Kollektivmitglieder betrachtet, wenn der Familienvater Parteimitglied ist. Diese Gruppierungen sind keine „konservativen“, „liberalen“ oder „linken“ Programmparteien, die unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe formulieren. Auch taugen die Modelle „zivile Partei versus Miliz-Nachfolger“ wie in Kosovo (LDK versus PDK/AAK) oder Makedonien (PDSH/PPD versus BDI) hier überhaupt nicht. Allerdings sind die meisten älteren Funktionäre mit den jugoslawischen Behörden der Tito- und Nach-Tito-Ära in Konflikt geraten und viele von ihnen haben Haftstrafen wegen politischer Delikte erlitten.

Zum einen ist die Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft (wie meist auf dem Balkan) die Folge von persönlichen Loyalitäten und von Konflikten, die innerhalb der LDMZ entstanden. Die Parteien definieren sich aber auch über unterschiedliche Strategien bei der Vertretung ihrer nationalen Gruppe.

Die LDMZ legte am 20.10.2001 eine Grundsatzklärung zur Selbstverwaltung der albanischen Siedlungsgebiete mit folgenden Punkten vor:

- Der Status der Albaner muss in der Verfassung geregelt werden. Bis zu einer solchen Regelung erhob die Partei folgende kurzfristige Forderungen:

- anteilige Vertretung in den staatlichen und örtlichen Organen einschließlich Justiz und Polizei
- Albanisch als Amtssprache in den Siedlungsgebieten der Albaner

- Albanisch als Unterrichtssprache einschließlich Schulverwaltung und –aufsicht, albanische Inhalte in Schulbüchern, Gründung einer albanischsprachigen Schulaufsichtseinrichtung, Ernennung albanischer Schulleiter und Schulinspektoren, Anerkennung von Hochschulabschlüssen aus Albanien, Prishtina und Tetovo als Einstellungs Voraussetzung in den Schuldienst, Gründung einer Lehrerbildungsfakultät in albanischer Sprache in Ulqin

- Wiederherstellung der Gemeinde Tuz
- Eröffnung weiterer Grenzübergänge zu Albanien (NB: 2002 wurde ein neuer Übergang zwischen Sukobina und Muriqan in Betrieb genommen)

- Gründung eines albanischsprachigen TV-Senders

- Infrastrukturmaßnahmen, besonders Fertigstellung von Kulturzentren wie in Ulqin

- Gründung einer Entbindungsklinik in Ulqin

- keine ethnisch motivierte Ansiedlungspolitik im Bergland

- keine Inanspruchnahme mittelalterlicher katholischer albanischer Kulturschätze durch die orthodoxe Kirche (es geht hierbei um Kirchenruinen in der Kraja, deren genaue Datierung und Zuweisung umstritten ist)

- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Die UDSH verabschiedete im November 2000 eine „Plattform für den politischen und rechtlichen Rahmen der Autonomie der nationalen Gemeinschaften in Montenegro“, die ausdrücklich als Angebot an die anderen Minderheiten verstanden wird. Darin wird der multiethnische Charakter Montenegros betont; die geforderte Autonomie der Minderheiten solle jedoch die Integrität des Staates nicht in Frage stellen. Ausgehend von der Gleichheit aller Bürger fordert die UDSH:

- das Recht, nationale, sprachliche und religiöse Identitäten frei zu entfalten,

- das Albanische in allen Gemeinden, in denen die Albaner mindestens 5% der Bevölkerung stellen, als Amts-, Behörden- und Gerichtssprache dem Serbischen gleich zu stellen,

- staatliche Massenmedien (Rundfunk und Fernsehen) auf Albanisch einzurichten,

- kulturelle und religiöse Vereine staatlich zu subventionieren,

- freien Kontakt mit Albanien und Albanern außerhalb Montenegros zu pflegen und materielle Hilfe von ihnen annehmen zu dürfen,
- die albanischen nationalen Symbole zusammen mit den montenegrinischen, im privaten Bereich auch ohne diese, zeigen zu dürfen und Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung zu schützen,
- den Schulunterricht auf Albanisch abzuhalten und Lehrpläne für die sprachlich-historischen Fächer selbst zu erstellen,
- anteiligen Zugang zum öffentlichen Dienst,
- Finanzierung der Bildungs- und Kultureinrichtungen entsprechend dem Steueraufkommen (für die Albaner 7% der Gesamtmittel für diesen Bereich),
- Verzicht auf jede Form von Investitionen oder Maßnahmen, die die ethnische Struktur der albanischen Schwerpunktgebiete ändern.

Im Mittelpunkt des Autonomiekonzeptes der UDSH stehen direkt gewählte Nationalräte jeder Minderheit, die Entscheidungskompetenzen in allen Fragen haben, die die jeweilige Minderheit direkt betreffen, entsprechend dem oben stehenden Forderungskatalog; sie wählen Leitungsräte mit exekutiven Aufgaben. Darüber hinaus fordert die UDSH die Umwandlung des Einkammerparlaments in ein Zweikammerparlament mit einer direkt gewählten Bürgerkammer und einer Kammer der nationalen Gemeinschaften, deren Mitglieder von den Nationalräten delegiert werden. Beschlüsse müssen mit der Mehrheit beider Kammern gefasst werden, doch haben die einzelnen Minderheiten ein Vetorecht.

Der Parlamentspräsident und der Ministerpräsident dürfen nicht derselben Nationalität angehören. Jede Minderheit hat das Recht, mindestens ein Regierungsmitglied zu stellen; jeder Minister bedarf der Zustimmung beider Häuser; auch in der Regierung wird das Vetorecht angewandt. Zusätzlich wird ein Ombudsman für die Belange der Minderheiten gefordert. In den tagespolitischen Forderungen liegen beide Parteien also sehr nahe beieinander, doch die verfassungs- und staatsrechtlichen Konzepte der UDSH gehen sehr viel weiter. Zwar liegt der Anteil der montenegrinischen Titularnation an der Ge-

samtbevölkerung etwas niedriger, als es in Makedonien der Fall ist. Dort jedoch nehmen die Albaner nach den Makedoniern mit ca. 30% gegenüber allen weiteren Volksgruppen eine Sonderstellung ein, der es ihnen 2001 ermöglichte, den exklusiven nationalstaatlichen Anspruch der Makedonier zu brechen. In Montenegro wird es weder durchsetzbar noch plausibel sein, eine (dem belgischen Modell entsprechende) Kollektivautonomie plus eine Beteiligung an allen leitenden Staatsorganen plus ein Vetorecht innerhalb derselben plus einen Sonderbeauftragten für die Rechte der Minderheiten zu fordern.

Streit um Identitäten

Der Konflikt zwischen der montenegrinischen Mehrheitsbevölkerung und den Minderheiten bzw. speziell den Albanern ist weniger stark ausgeprägt als der entsprechende Gegensatz in Südserbien, Kosovo oder Makedonien, weil er durch die Spaltung der Montenegriner in Befürworter der Unabhängigkeit und Anhänger Jugoslawiens überlagert wird. Diese Spaltung hat auch die Serbisch-Orthodoxe Kirche erfasst. Als Antwort auf den radikal serbischen Kurs des seit 1991 amtierenden Metropoliten der Metropole Montenegro und Küstenland, Amfilohije Radovic, hat sich 1993 eine autokephale Montenegrinisch-Orthodoxe Kirche unter dem Erzbischof und Metropoliten Mihajlo Dedeic abgespalten; sie sieht sich in der Kontinuität zur Nationalkirche Montenegros, das bis 1851 von einem Fürstbischof (*vladika*) regiert wurde. Die Anerkennung dieser Kirche durch die Regierung hat zu heftigen Polemiken geführt.

Spätestens seit der Wahl Djukanovics zum Staatspräsidenten 1997 werden die Minderheiten als Kombattanten in dieser Auseinandersetzung gesehen. Es ist bisher nicht zu Gewaltakten gekommen, wohl aber zu rhetorischen Ausfällen gegen Albaner und Bosnier, besonders nach dem Sturz Milosevics im Oktober 2000. Auch die Anschläge in den USA am 11.9.2001 sowie interethnische Verbrechen von Albanern an Montenegrinern lieferten projugoslawischen Medien (wie „Glas

Crnogoraca“ und „Dan“) Anlässe für Verdächtigungen gegenüber muslimischen Minderheiten genommen, auch wenn bei letzteren keinerlei ethnische Motivation erkennbar war – das weckt fatale Erinnerungen an Medienkampagnen im Serbien der 80er Jahre, ebenso wie die im Serbischen diffamierende Bezeichnung *siptari* (statt *albanci*) für die Albaner. Auch der Aufstand der makedonischen UÇK wurde als Beweis für eine gesamtalbanische Destabilisierungsstrategie gesehen, der auch Montenegro zum Opfer fallen würde. Die projugoslawische Opposition hat sogar offen die Frage aufgeworfen, ob die Angehörigen der Minderheiten überhaupt das Recht haben könnten, über die Zukunft Jugoslawiens und Montenegros mit zu entscheiden; ein Referendum, wie es von Djukanovic angestrebt wurde, könne keine Verbindlichkeit haben, wenn das Resultat entscheidend von den Stimmen der Minderheiten abhängt.

Die Identität der Albaner in Montenegro als Teil der albanischen Nation wird zu Lasten früherer jugoslawischer Identitäten gestärkt, die auch seitens des montenegrinischen Staates nicht mehr propagiert werden. Das Kommunalparlament von Ulqin beschloss Anfang Mai (noch vor den Kommunalwahlen) die Umbenennung zahlreicher Straßennamen aus der jugoslawischen Ära (Marschall-Tito-Boulevard, Straße des 26. November (= Datum des Beitritts Montenegros zu Jugoslawien), Boulevard der Brüderlichkeit und Einheit (= Staatsparole des titoistischen Jugoslawien) in Identifikationsobjekte der Albaner (der illyrischen Königin Teuta, Skanderbeg, Mutter Teresa, Brüder Frashëri). Das löste den unvermeidlichen Streit mit den Projugoslawisten aus. SNP-Chef Predrag Bulatovic beschuldigte Djukanovic, sich mit den Albanern auf eine Abtretung ihrer Gebiete an ein „Großalbanien“ geeinigt zu haben, was von albanischer Seite zurückgewiesen wurde.

Die Kontroverse verschärfte sich, nachdem die serbisch-montenegrinische Kommission zur Erarbeitung einer Verfassung für den künftigen Staat Serbien-Montenegro mit Mehrheit eine Präambel verabschiedete, die den verfassungsrechtlichen Status Serbiens als Staat mit zwei

autonomen Provinzen, Kosovo und Vojvodina, fest schrieb. Dinosa, der die albanischen Abgeordneten Montenegros in dieser Kommission vertrat, erklärte daraufhin seinen Austritt; diese Festlegung sei mit den internationalen Dokumenten nicht vereinbar, die den Status Kosovos offen hielten. Oliver Ivanovic, einer der politischen Führer der Kosovo-Serben, sah darin einen Beweis für eine zentral gesteuerte Politik der Albaner zur Zerstörung Jugoslawiens. Die albanischen Parteien stellen regional- und minderheitenpolitische Forderungen in den Mittelpunkt ihrer Propaganda, wohl wissend, dass ein zu offenes Engagement für die Unabhängigkeit Montenegros diesem Anliegen schaden würde. Sie machen aber keinen Hehl aus ihrer Ablehnung des Drucks, den die EU über ihren außenpolitischen Beauftragten Javier Solana zugunsten des neuen Staatenbundes ausgeübt hat, und geben dieser „künstlichen Gründung“ keine Zukunftschancen. Für Kosovo sehen sie keine Alternativen zu einer international garantierten, an Bedingungen geknüpften Unabhängigkeit. Durchweg weisen sie das Szenario einer neuen albanischen Aufstandsbewegung von sich.

Strukturelle Defizite

Die albanischen Schwerpunktgebiete liegen am östlichen Rand Montenegros und grenzen an traditionell rückständige und strukturschwache Gebiete (Kosovo, Nordalbanien). Selbst Ulqin ist zwar über die Küstenstraße nach Budva-Bucht von Kotor-Herceg Novi-Dalmatien sowie via Petrovac über die Bergstraße nach Podgorica angebunden, ist aber nicht ans Schienennetz angeschlossen. Die Regierung in Tirana bezieht die albanischen Gebiete in Montenegro in ihre Regionalpolitik durchaus ein. Außenminister Ilir Meta machte das bei Gesprächen mit der montenegrinischen Regierung am 4.12.2002 deutlich, bei der er mehr Förderung für diese Gebiete anmahnte und bilaterale Verkehrs- und Umweltprojekte vorschlug, nämlich Regulierungsmaßnahmen an der Buna, um ihre Schiffbarkeit zu verbessern, eine Bahnverbindung zwischen Bajza und Shkodra, die Erklärung des Hochlandes Bjeshkët e Namuna zum interna-

tionalen Park, die Einrichtung eines weiteren Grenzübergangs in Vermosh sowie von Fährverbindungen auf dem Shkodra-See.

Als südlichste Stadt an der früheren jugoslawischen Adria war Ulqin früher ein Schwerpunkt des Massentourismus, wovon zahlreiche große Hotelanlagen zeugen. Die Wirtschaft der Stadt war auf den Tourismus ausgerichtet und von ihm abhängig. Der schlagartige Zusammenbruch dieses Wirtschaftsfaktors hat die Stadt schwer getroffen; einen Strukturwandel hat es bisher kaum gegeben. Eine Erholung des Tourismus, wie er an der kroatischen Adriaküste einsetzt, ist in Montenegro nicht zu verzeichnen. Das Land, aber besonders Ulqin, sind in einem *circulus vitiosus* gefangen: Ohne Einnahmen aus dem Tourismus sind größere Investitionen nicht möglich. Ohne Investitionen an den verrotteten Hotelburgen bzw. in neue Tourismusstrukturen, die in Leistung und Preis mit anderen südeuropäischen Ländern konkurrieren können, können diese Einnahmen aber nicht erwirtschaftet werden. Dazu kommt ein derzeit schwer zu beeinflussender psychologischer Faktor: Für viele potentielle Interessenten liegt Montenegro als Teil Jugoslawiens noch immer im Epizentrum eines möglicherweise erneut aufflammenden Krieges. So irrational diese Ängste derzeit erscheinen mögen, ist dies gegenüber Kroatien oder Bulgarien ein entscheidender Standortnachteil. Die Wirtschaftsstruktur der Stadt ist daher von Einzelhandel und Dienstleistung geprägt; besonders eine Unzahl an Restaurants im Altstadtbereich ist kaum ausgelastet. Viele Besitzer größerer Häuser bieten zu äußerst günstigen Preisen Einzelzimmer an. Viele Jüngere suchen Möglichkeiten zur Auswanderung. Die Gemeinde Ulqin hat für 2003 ein projektiertes Jahresbudget von lediglich 2,98 Mio. € (2002 waren es nur 2,26 Mio. €), von denen zwei Drittel konsumptiv, ein Drittel investiv ausgegeben werden sollen. Allerdings wird die Einnahmenseite der Haushalte großenteils nicht realisiert; die Beschäftigten erhalten z.T. mehrere Monatslöhne nicht ausgezahlt. Sprecher der albanischen Parteien warfen im Gespräch der montenegrinischen Regierung vor, dass das

Steueraufkommen zu Gunsten montenegrinisch dominierter Regionen umgelenkt würde. Investitionen im Tourismusbereich würden in Budva, aber nicht in Ulqin vorgenommen. Allenfalls vor Wahlen würden Straßen instand gesetzt u.ä. Das könne nur durch Dezentralisierung geändert werden.

Auch von albanischer Seite werden strukturpolitische Konzepte zur Diskussion gestellt, die sich nicht am ethnischen, sondern am regionalen Prinzip orientieren und eine arbeitsteilige Entwicklungsstrategie zum Wiederaufbau des Tourismus an der montenegrinischen Küstenlinie bei gleichzeitiger Förderung auch anderer Wirtschaftsbranchen vorschlagen.

Perspektiven

Die albanisch besiedelten Gebiete in Südostmontenegro sind bisher kein Krisenherd, und es bestehen angesichts der geringen Größe dieser Minderheit gute Chancen, dass sie es nicht werden. Dafür sind mehrere Voraussetzungen entscheidend:

- Das Verhältnis zwischen Serbien und Montenegro entwickelt sich ohne gewaltsame Spannungen.
- Der Konflikt zwischen Anhängern und Gegnern der Unabhängigkeit bzw. Djukanovics eskaliert nicht zu Unruhen und nicht zu Kampagnen gegen die Minderheiten.
- Montenegro gelingt eine ökonomische Stabilisierung, wobei dem Wiederaufbau des Tourismus in den albanischen Gebieten eine Schlüsselrolle zukommt.
- Die wirtschaftliche Erholung vergrößert die Disparitäten zwischen den Regionen nicht zu Lasten der albanischen Gebiete.
- Der Staat vergrößert seine Anstrengungen zu Verbesserungen in Infrastruktur und Bildungswesen und integriert die Minderheiten in den öffentlichen Dienst.

Die Albaner, aber auch die übrigen Minderheiten haben die Chance, anders als in anderen Staaten ihre Interessen mit einer Doppelstrategie durchzusetzen, indem sie sowohl mit ethnischen Parteien als auch innerhalb der großen montenegrinischen Parteien auf eine Besserstellung ihrer ethnischen Gruppe und ihrer Region hinwirken.

Michael Schmidt-Neke

Unwägbarkeiten albanischer Politik

Die albanische Politik läuft Gefahr, den Bonus eines stabilisierenden Faktors in der Region zu verspielen. Ermutigende Ansätze für einen Reformprozess in ruhigerem Fahrwasser hatten zu Anfang des Jahres die Aufnahme von Verhandlungen für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU ermöglicht. Die jüngste Entwicklung lässt aber vermuten, dass dies ein langwieriger und komplizierter Prozess sein wird, bei dem noch viele Hürden zu überwinden sind. Die Europäische Kommission konstatiert in ihrem Bericht vom März 2003, dass Albanien „ein Land mit einer neuen und instabilen Demokratie“ bleibt.

Brüchiger politischer Konsens

Seit Jahresbeginn prägen erneute Auseinandersetzungen zwischen der regierenden Sozialistischen Partei (PSSH) und der oppositionellen Demokratischen Partei (PDSH) – vor allem zwischen ihren Protagonisten Fatos Nano und Ilir Meta auf der einen und Sali Berisha auf der anderen Seite – das politische Geschehen. Der Konsens vom Sommer vergangenen Jahres, um der Regierbarkeit des Landes willen zu Formen zivilisatorischen Umgangs miteinander und zu einem Meinungsstreit um die Sache und nicht um Personen zu finden, war offensichtlich nur ein Kompromiss auf Zeit. Dabei hatte die „rote Karte“ aus Brüssel zunächst durchaus Wirkung erzielt: Mit der Wahl des neuen Präsidenten Alfred Moisiu als unabhängigem Kandidaten beider Parteien hatte sich der Übergang zu einer neuen politischen Kultur angedeutet. Die Opposition zog wieder in das Parlament ein und versprach konstruktive Mitarbeit bei der Verabschiedung der anstehenden Gesetze zur Dezentralisierung und weiteren Privatisierung. Fatos Nano hatte es selbst zu seinem Credo gemacht, alle den demokratischen Reformkurs behindernden Faktoren rückhaltlos aufzudecken und eine Katharsis einzuleiten. Diese erschien angesichts zügelloser Vettern-

wirtschaft und Korruption als konsequenteste Lösung, zumal Albanien bereits 1998 von der Weltbank zu den Ländern mit der höchsten Korruption gezählt wurde. Aber es blieb bei verbalen Bekenntnissen. So wurde bisher keiner der wegen Korruptionsaffären beschuldigten Minister gerichtlich belangt. Geradezu paradox mutete die – inzwischen auf vielfältige Proteste hin rückgängig gemachte – Ernennung eines wegen Zigarettenschmuggels vor einigen Jahren Vorbestraften zum neuen Zolldirektor an, dem enge persönliche Bindungen zu Premierminister Nano nachgesagt werden.

Neue Auseinandersetzungen trüben das Bild. Edi Rama, als parteiungebundener Oberbürgermeister Tiranas auf der Wahlliste der PSSH stehend, wurde zum Buhmann für Reibungen um Macht und Einfluss. Obwohl er sich durch seine Initiativen zur Verschönerung der Stadt mit Wiederherstellung gepflegter Parks und Sanierung der Hauptmagistralen verdient gemacht und wie kaum ein albanischer Politiker Wort und Tat sichtbar in Verbindung gebracht hat, bezichtigt ihn die Opposition um Sali Berisha vehement des Machtmissbrauchs. Viel mehr als um Aufklärung möglicher Verstrickungen in ungeklärte Finanzaffären geht es aber um die Kommunalwahlen im Herbst. Die Opposition unter Berisha will die Hauptstadt mit inzwischen etwa 700 000 Einwohnern wieder in ihre Hand bekommen und frühere Wahlschlappen wettmachen. Dabei ist der Blick bereits auf die Parlamentswahlen in zwei Jahren gerichtet.

Die Angriffe der Opposition gegen die Regierung nehmen an Schärfe zu. Sali Berisha will die Opposition neu formieren und ein Bündnis aller rechten Kräfte schmieden, das auch die „verlorenen Schafe“ in den Schoß der PDSH zurückführt. Etliche Politiker waren wegen seines autoritären Führungsstils aus der Partei ausgeschieden und hatten neue Parteien, so die Reformierte Demokratische Partei (PDSHR) unter dem jüngeren Reformpolitiker Genc Pollo, gegründet. Die Bereitschaft der Abtrünnigen zur Rückkehr hält sich jedoch in Grenzen. Andererseits bleibt das Potenzial für die Formierung einer dritten politischen Kraft neben

den zwei polarisierenden Parteien PSSH und PDSH bisher ohne wesentlichen gesellschaftlichen Einfluss.

Die in der Regierungserklärung vom August 2002 verankerten Schwerpunkte – wirksame Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Vereitelung von Menschenhandel, Drogen- und Waffenschmuggel sowie die Überwindung der Energiekrise durch Absicherung der Versorgung mit Strom und Trinkwasser bleiben Bestandteil des von der EU erhobenen Forderungskatalogs. Die ICG (international crisis group) konstatiert in ihrem Report vom März 2003, dass die Nano-Administration ihre Versprechen bisher nicht eingelöst hat und warnt vor einer erneuten Zuspitzung der inneren Lage, falls nicht nachhaltiger gegen Korruption und organisierte Kriminalität vorgegangen wird. Das Urteil der ICG ist eindeutig: die politische Klasse verfügt nicht über den erforderlichen Willen und die Kraft, mehr als nur kosmetische Veränderungen vorzunehmen. Unter Bezugnahme auf Insiderwissen wird nicht ausgeschlossen, dass Nano's politische Rolle als Premier und Parteivorsitzender der PSSH in Personalunion durch einen Machtwechsel zugunsten von Ilir Meta, dem energisches Regieren im Sinne von Reformen zugetraut wird, noch vor Jahresende aufgebrochen werden könnte.

Angespannte sozialökonomische Lage

Mit einem Bruttoinlandprodukt von ca. 4,9 Mrd. USD – das sind pro Kopf 1500 USD – bleibt Albanien eines der ärmsten Länder Europas und belegt nach dem UNDP-Index den 92. Rang im Weltmaßstab. Das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum zwischen 6-7 % beruht vor allem auf den Transferleistungen der Geberländer und den Überweisungen der beträchtlichen Zahl von im Ausland lebenden Albanern. Eine wesentliche Quelle, die das Überleben der breiten Masse der Bevölkerung ermöglicht, bildet die Schattenwirtschaft am Fiskus vorbei.

Der Staatshaushalt 2003 orientiert sich an der von IWF und Weltbank vorgegebenen Marge für makroökonomische Stabilität. Ausländische Investitionen sind gezielt auf Projekte

der Energieversorgung gerichtet, bleiben aber in ihrem Umfang infolge der Rechtsunsicherheit relativ gering. Die albanische Regierung vermochte es bisher nicht, ihrer mittelfristige Strategie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung 2002-2005 auf die einzelnen Sektoren – etwa Infrastruktur, Tourismus, Sanierung der Städte, Verbesserung der sozialökonomischen Situation in der vernachlässigten nordalbanischen Gebirgsregion, Umweltschutz – auszuspezifizieren und praxiswirksam zu machen.

Die Zahl der Erwerbslosen – offiziell wird eine Quote von 13 % ausgewiesen – muss durch die verdeckte Arbeitslosigkeit auf über das Doppelte veranschlagt werden, wobei auch die arbeitslosen Mitglieder der privatisierten Familienbetriebe in der Landwirtschaft außerhalb der Berechnung bleiben. Die innere Migration im Ergebnis der Landflucht, insbesondere aus dem unwirtlichen Nordosten des Landes, hat eine zunehmende Urbanisierung mit starken sozialen Verwerfungen zur Folge. Als arm gelten nach einer Erhebung von INSTAT Tirana 30 % der Einwohner = 920 000, während über 500 000 Menschen mit weniger als 2 USD täglich als sehr arm einzustufen sind. Noch leben 57,7 % der Bevölkerung auf dem Lande und erwirtschaften 49 % des BIP. Sie betreiben da, wo es die Bedingungen in den fruchtbareren Ebenen zulassen, eine Subsistenzwirtschaft, können jedoch durch geringen Mechanisierungsgrad und mangelnde Effektivität nur bedingt auf dem Binnenmarkt, viel weniger im Export, gegen die ausländische Konkurrenz bestehen. Als gesamtgesellschaftliches Problem stellt sich somit ein zunehmendes Gefälle in den Lebensbedingungen zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung dar.

Irritationen in der Außenpolitik

Die Prioritäten in der Außenpolitik pendeln in unterschiedlicher Intensität zwischen Europa und den USA, bleiben jedoch vorrangig an den Vorgaben für die erstrebte Integration in die euro-atlantischen Strukturen orientiert. Es ist augenfällig, dass die Beziehungen zu den USA aus politisch-militärischer Sicht favorisiert

werden. Das spiegelt sich auch im betonten Engagement für die NATO wider – nach den Worten des albanischen Verteidigungsministers betrachtet sich Tirana de facto den Strukturen der NATO zugehörig und wartet auf den schnellstmöglichen Beitritt de jure -, während UNO und OSZE weniger Beachtung finden. Dort, wo die Hilfe des Westens den Erwartungen nicht gerecht wird, aktiviert man auch die Beziehungen in die arabische Welt. So wurde Anfang April eine hochrangige saudi-arabische Delegation zu Wirtschaftsverhandlungen empfangen, um Investoren für den Bereich des Hotelwesens, für den Ausbau der Infrastruktur und die Telekommunikation zu gewinnen, nachdem frühere arabische Projekte zu einem Großteil durch beiderseits verschuldete Verzögerungen gescheitert waren.

Die vorausseilende Bereitschaft Albaniens, sich in die Gruppe der „Willigen“ gegen den Irak einzureihen, wirft Fragen in Bezug auf das berechenbare Verhältnis zu Europa auf. Die von den albanischen Reformern viel strapazierte Formel „Wir wie ganz Europa“ (Ne si e gjithë Evropa), die sowohl Nachzuholendes aus der überwundenen Diktatur als auch Positionierung im Wunsch nach Einbeziehung in die europäische Integration umschreibt, erweist sich in mancherlei Hinsicht als trügerisch. Zumindest ist das im letzten Jahrzehnt aufgebaute beiderseitige Vertrauensverhältnis, das die euro-atlantische Komponente nicht ausschließt, angeschlagen. Befremden löste die Haltung der albanischen Regierung aus, den USA für den Irak-Feldzug bedingungslose Solidarität zu signalisieren und das mit deutlicher Kritik am „alten Europa“ zu verknüpfen. So hatte Fatos Nano in einem für die amerikanische Zeitung „Boston Globe“ geschriebenen Artikel unter dem Titel „Mutiger amerikanischer Geist“ kritisiert, dass Europa (gemeint sind u.a. Frankreich und die Bundesrepublik), nicht aber Albanien, vergessen habe, was die Amerikaner und Briten mit ihren Verbündeten im Zweiten Weltkrieg gegen Hitler geleistet haben. Der unabhängige albanische Publizist Fatos Lubonja wendet sich in diesem Zusammenhang gegen die in der al-

banischen Öffentlichkeit verbreitete Auffassung, wonach Westeuropa mehr zu den Slawen des Balkans stehe und Albanien deshalb des Schutzes der USA bedürfe. Er warnte davor, dass „zwischen den Großmächten, die sich heute streiten, in zukünftigen Konstellationen wieder Kompromisse erreicht werden, bei denen die Albaner die am leichtesten zu opfernde Figur im Balkanschach sein könnten“. Es hat den Anschein, dass in der außenpolitischen Orientierung der Regierenden in Tirana pragmatische taktische Gesichtspunkte vor langfristigen strategischen Überlegungen dominieren. Damit verbunden sind sowohl mögliche Irritationen in der weiteren Annäherung an die europäischen Strukturen als auch in den Beziehungen mit den Nachbarn. Deren Bereitschaft – zurzeit hat Griechenland, danach Italien die EU-Präsidentschaft inne – kann stimulierend wirken oder aber zur Verweigerung führen, wenn Albanien den Auflagen für eine stabilere Innenpolitik nicht nachkommt. Vorbehalte werden auch zunehmen, wenn die europäische Integration in Tirana mit einer Denkweise interpretiert wird, wonach die Amerikaner für den militärischen Schutz und die Europäer für die wirtschaftliche Hilfe zuständig seien.

Die regionale Zusammenarbeit ist geeignet, außenpolitische Positionen zu koordinieren und Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Das wird auch durch die Unterschrift von Präsident Moisiu unter die Belgrader Erklärung der Staaten der SEECP (Southeast Europe Cooperation Process) vom 9. April erhärtet, in der der UNO hinsichtlich zukünftiger Entscheidungen über den Irak eine wesentliche Rolle beigemessen wird. Der Bonus vertrauensvoller Kooperation in der Region – etwa die behutsame Normalisierung des Verhältnisses mit Serbien, die von Athen dieser Tage erfolgte juristische Aufkündigung des aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges noch anhängigen Kriegszustandes mit Albanien, verbesserte Zusammenarbeit Albaniens mit Makedonien und Kroatien, realistische Haltung in der Kosovo-Frage – gibt Hoffnung für die Zukunft und sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

*Peter Schubert
Berlin, April 2003*

Albanisch – kann doch jede/r Zweite!

Ergebnisse einer Untersuchung zum informellen Albanisch-Erwerb von nicht-albanischsprachigen Oberstufenschüler/innen¹

Ihr lehrtet Sprache mir,
und mein Gewinnst,
dass ich weiss zu fluchen.

Caliban in Shakespeares
«Der Sturm»

Zur Umfrage und ihren Zielen

Unter dem Titel «Mini-Umfrage: Einflüsse des Albanischen» wurden zwischen August und Dezember 2002 rund 2250 SchülerInnen der Sekundarstufe I aufgefordert, alle ihnen bekannten albanischen Wörter und Wendungen schriftlich festzuhalten. 113 der 126 befragten Klassen stammen aus 17 Schulgemeinden des Kantons Thurgau, kleinere Kontingente aus den Kantonen Zürich und St. Gallen. Die zufällig erfolgte Auswahl der Klassen umfasst die Schultypen Kleinklasse, Sek A, Sek B (Real) und Sek C (Oberschule); die Gemeinden gehören verschiedenen Siedlungstypen an und weisen unterschiedlich hohe AusländerInnenanteile auf.

Die ethnolinguistisch orientierte Untersuchung steht im Kontext eines grösseren Forschungsprojekts der Pädagogischen Hochschule Zürich zu Sprachkompetenzen, sprachlicher Orientierung und Schulerfolg von albanischsprachigen SchülerInnen in der Schweiz und von nach Kosova Remigrierten. Sie vertieft den Aspekt «Albanisch und Deutsch als Kontaktsprachen», der hinsichtlich der Einflüsse des Deutschen aufs Albanische bereits durch eine ausführliche Materialsammlung zum Codeswitching albanischsprachiger SchülerInnen dokumentiert ist.

Wegleitend bei der Untersuchung war erstens die Fragestellung, ob und in welchem Ausmasse der enge Kontakt der beiden Sprachen auch in der umgekehrten Richtung (und

trotz des starken Gefälles zwischen der prestigearmen und minoritären Situation des Albanischen) wirksam wird, und zweitens, wie sich das informell erworbene Repertoire quantitativ und qualitativ (mit Bezug auf seine inhaltliche Zusammensetzung) präsentiert. Dabei sollte der Einfluss von fixen quantifizierbaren Variablen wie Geschlecht, Schultyp, Schuljahr und AusländerInnenanteil im betreffenden Schultyp beobachtet werden. Zugleich sollten anhand einer vertieften Nachbefragung in drei ausgewählten Klassen weitere Variablen zumindest provisorisch lokalisiert werden.

Das übergeordnete Ziel der Untersuchung liegt darin, am Beispiel des Albanischen und auf der Basis eines breiten Datencorpus Erkenntnisse zum Umgang mit den neueren Migrationssprachen und zu deren ungesteuertem Erwerb im plurilingualen Umfeld zu gewinnen. Ein pädagogisch und sprachdidaktisch motiviertes Nebeninteresse gilt dem Einfluss, den der Umgang von Lehrpersonen mit Mehrsprachigkeit auf Umfang und inhaltliche Akzente dieses informellen Spracherwerbs ausübt.

Wer lernt wann wie viel Albanisch? Zum Umfang des informellen Albanischerwerbs und zu den Determinanten seines Zustandekommens

1077 nicht-albanischsprachige SchülerInnen, d.h. knapp die Hälfte aller Befragten, wiesen sich über die Kenntnis von albanischen Wörtern bzw. Wendungen aus. Der durchschnittliche Wortschatz umfasst knapp vier Einheiten; die Extremwerte reichen von nur einem bis hin zu 30 Belegen pro SchülerIn.

Die Anzahl der Belege pro Liste kann als Mass für die Intensität des deutsch-albanischen Sprachkontakts – hier fokussiert auf den Albanischerwerb durch nicht-Albanischsprachige – genommen werden. Zu den Faktoren, die diese Intensität bzw. die hohe Streuung bei der Anzahl Belege beeinflussen, zählen das Geschlecht, der Anteil albanischer SchülerInnen in den einzelnen Gemeinden, der Schultyp auf der Sek I und das Schuljahr. Dazu kommen, wie unten gezeigt, einige schwieriger quantifizierbare Variablen.

Mit Hinblick auf das Geschlecht zeigt sich, dass der informelle Albanischerwerb unter Jungen intensiver stattfindet als unter Mädchen. Hierauf deutet schon, dass der Anteil auswertbarer Listen von männlichen Befragten in der Stichprobe höher ist als derjenige von weiblichen (54,9% gegenüber 45,1%). Zudem beherrschen die Jungen durchschnittlich mehr albanische Wörter und Wendungen als die Mädchen (4,1 gegenüber 3,6).

Je höher der Anteil fremd- und damit auch albanischsprachiger SchülerInnen in einer Klasse, desto enger ist der Sprachkontakt bzw. Input. Zwischen dem AusländerInnenanteil der Gemeinden und dem durchschnittlichen Umfang des Albanischrepertoires ergibt sich denn auch ein direkter Zusammenhang. SchülerInnen aus Gemeinden mit über 40% AusländerInnen im jeweiligen Sek-I-Typ beherrschen durchschnittlich 6,7 albanische Wörter und Wendungen, solche in Gemeinden mit 20 – 30% AusländerInnen 3,4 und solche in Gemeinden mit einem AusländerInnenanteil von 10% und weniger sogar bloss 2,3.

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in den schwächer und schwach qualifizierten Oberstufentypen der schweizerischen Schulsysteme stark übervertreten. Damit stellen die Real-, Oberschul- und Kleinklassen mit ihrem überproportional hohem Ausländeranteil bevorzugte Orte für sprachlichen Kontakt und Austausch dar. Dass diese Gelegenheit auch genutzt wird, zeigt sich im engen Zusammenhang von Oberstufentyp und Umfang des informellen Albanischerwerbs: Sek-A-SchülerInnen kennen durchschnittlich nur drei alba-

nische Wörter/Wendungen, Sek-B bzw. RealschülerInnen bereits 4,3 und solche in Kleinklassen und Sek C gar deren acht.

Vergleicht man die Entwicklung des Albanisch-Repertoires von Sekundar- und RealschülerInnen im Verlauf der Oberstufe, so zeigen sich für das erste Trimester der siebten Klasse analoge Werte von durchschnittlich 3,3 Wörtern/Wendungen. Bei den SekundarschülerInnen bleibt dieser Bestand bis zum neunten Schuljahr weitgehend konstant. Bei den RealschülerInnen wächst er kontinuierlich auf 5,3 Wörter. Fast doppelt soviel Albanisch, nämlich 10,1 Wörter, haben in der gleichen Zeit die Kleinklassen-SchülerInnen gelernt.

Das Zusammenspiel der obigen Faktoren spiegelt sich anschaulich im durchschnittlichen Wortbestand pro Klasse. Analog zur Streuung bei den einzelnen Befragten ergibt sich auch hier ein breites Spektrum, das von 15,1 bis zu bloss 0,5 Wörter/Wendungen im Klassendurchschnitt reicht. Die Maximalwerte erreichen symptomatischerweise achte und neunte Klein- und Realklassen aus Gemeinden mit überdurchschnittlich hohem AusländerInnenanteil in der betreffenden Stufe. Am untersten Ende der Skala finden sich demgegenüber siebte und achte Sekundarklassen aus Gemeinden mit überdurchschnittlich tiefen AusländerInnenanteilen.

Wer lernt was auf Albanisch?

Inhaltliche Schwerpunkte des informell erworbenen Wortschatzes

Ausgewertet wurde ein Corpus von 4151 Belegen, das sich auf 2303 Einzelwörter und 1848 Wendungen, Kurzsätze etc. verteilt. 58,3% der Belege stammen von Jungen, 41,7% von Mädchen. Weitere rund 500 Belege wurden weggelassen, da sie aus anderen Migrationssprachen stammen oder nicht identifizierbar waren. Hierzu trug auch die phonetische und oft verstümmelte Schreibweise der Belege bei, welche die Identifikation von Gebilden wie etwa «Esgoterpia» (ec, shko te shtëpia; los, geh nach Hause) oder «shgabodon» (çka po don; was willst du denn) nicht eben erleichterte.

Als dem Datenmaterial angemessenste Gliederung erwies sich die Bildung von zwei grossen Kategorien: Nicht-offensiver und offensiver Wortschatz. Ersterer wurde in acht Themenbereiche (von Essen bis Themenunabhängige Redemittel) unterteilt; Letzterer in die Rubriken nicht-obszönes resp. obszönes Repertoire.

Dem nicht-offensiven Vokabular gehören 38% der Belege an. Spitzenreiter sind themenunabhängige Redemittel wie das auch in anderen Balkansprachen gebräuchliche hajde! (los, komm!), ferner po/jo (ja/nein), ec (geh!) und die Bezeichnungen für Mutter bzw. Vater oder für Zahlen. Daneben wird ein breites Feld abgedeckt, das von Grussformeln über Kurzsätze und diverse Einzelbegriffe reicht und auch einige Verse umfasst.

Das Hauptinteresse gegenüber dem Albanischen (und vermutlich auch gegenüber anderen Migrationssprachen) richtet sich auf den offensiven, insbesondere auf den vulgären Wortschatz. Dieser macht 62% der gesamten Belege aus, verteilt auf eine kleine Gruppe harmloser Schimpfwörter («budalla», Dummkopf; «majmun», Affe etc.) und einen Löwenanteil von Beschimpfungen, Ausrufen und Einzeltermini primär aus dem Sexual- und (zu einem geringen Anteil) aus dem Fäkalbereich. Viele Begriffe stammen aus dem gesamt balkanischen Fluchrepertoire und finden sich analog in den südslawischen Sprachen und im Türkischen. Dies gilt auch für den in dieser Kategorie mit Abstand dominanten Typus, nämlich die Androhung von sexueller Gewalt gegen die Mutter. Die entsprechende Wendung («ta qi[fsha] nënën», möge ich deine Mutter f., mit verschiedenen Variationen und Ergänzungen, stellt die albanische Adaption der serbisch-kroatischen und türkischen Entsprechungen dar. Wie in diesen Sprachen, scheint sie genauso inflationär und ihres Wortsinnes entleert verwendet zu werden. Ihrer breiten Adaption in der Schweiz ebnete möglicherweise der aus dem Angloamerikanischen importierte Typus der «fuck- und «motherfucker»-Flüche das Terrain, auch wenn sich die im Fluch angespielten Tabubereiche – einmal Ehre der Frau

bzw. der Familie, einmal Inzest – nicht decken. Auch der zweite Haupttyp in dieser Kategorie ist nicht spezifisch albanisch, sondern auch im Türkischen stark verbreitet. Gemeint sind die Aufforderungen des Typus «ma hëngsh xy» (mögest du mein/e/n xy essen), wobei die Position xy mit beliebigen anstössigen Termini gefüllt werden kann. In der deutschen Übersetzung können die albanischen bzw. balkanischen Schimpfwörter und -wendungen doppelt anstössig wirken. Erstens, weil sie hier gleichsam zum verbalen Nennwert erscheinen, der mit ihrem inflationären Gebrauchswert allerdings wenig zu tun hat (vgl. die analoge Diskrepanz bei den inflationären anal-, fäkal- oder religionsbezogenen Flüchen im Deutschen). Zweitens mutiert der für albanische Verwünschungen charakteristische höfliche Optativ bei den meisten SchülerInnen zu einem derben Imperativ (friss ...), was eine dem Original nicht entsprechende Aggressivität evoziert.

Die inhaltliche Zusammensetzung des informell erworbenen Albanisch-repertoires variiert ebenso wie dessen Umfang in Abhängigkeit von bestimmten Faktoren.

So ist die Vorliebe für den offensiven und vulgären Bereich des Wortschatzes bei den männlichen Befragten deutlich ausgeprägter als bei den weiblichen. Bei Ersteren macht er 66% des Gesamtrepertoires aus, bei den Mädchen nur 56,4%. Es ergibt sich, dass Jungen zwar quantitativ etwas mehr Albanisch können als Mädchen, ihre Kenntnisse sind aber einseitiger auf Schimpfwörter und Obszönitäten reduziert.

Geschlechtsspezifische Schwerpunkte zeigen sich auch innerhalb der verschiedenen lexikalischen Kategorien. Beim nicht-offensiven Wortschatz betrifft dies z.B. den Bereich Freizeit/Sport, in dem sich proportional deutlich mehr Belege von Jungen finden. Von Mädchen bevorzugt sind demgegenüber die Bereiche Liebe/Freundschaft/Ehe (mit dem Spitzenreiter «të dua, zemër», ich liebe dich, Herz[chen]), Essen und Körper/Kleider. Aber auch was die Kenntnis der Zahlen oder die themenunabhängigen Redemittel betrifft, ist das Repertoire der Mädchen entwickelter.

Im offensiven Teil des Wortschatzes ist bei den Mädchen der Anteil der harmlosen Schimpfwörter grösser als bei den Jungen. Spitzenreiter unter den anstössigen Ausdrücken sind bei beiden Geschlechtern die oben genannten Wendungen. Die Formel zur Androhung von sexueller Gewalt gegen die Mutter wird bei den Mädchen öfter als bei den Jungen in der neutralen Kurzform «ta qifsha» (vgl. Englisch «fuck it») verwendet; leicht überproportional sind bei ihnen auch die Belege für kurva (Hure) und striga (Hexe).

Die inhaltliche Qualität des Wortschatzes (gemessen am Prozentanteil nicht-offensiver Ausdrücke) variiert je nach Schultyp der Sekundarstufe I. Das zwar kleinste (s.o.), zugleich aber in diesem Sinne gepflegteste Repertoire scheinen Sek-A-SchülerInnen zu haben (40,5% nicht-offensiver Einheiten, bei den Mädchen sogar 47,8%). Etwas tiefer als in den andern Schultypen liegt der Anteil in der Sek B bzw. Realschule.

Nicht nur der Umfang, sondern auch die inhaltliche Zusammensetzung des Vokabulars verändert sich im Verlauf der drei Oberstufenjahre. Der nicht-offensive Anteil erreicht in der achten Klasse einen Tiefpunkt von 34,2%, um in der neunten deutlich (auf 43,6%) anzusteigen. Es scheint, dass das Interesse gegenüber Anstössigkeiten nach der achten Klasse gesättigt ist; der weitere Zuwachs bezieht sich offenbar vor allem auf andere Bereiche.

Der Anteil ausländischer (und damit auch albanischer) SchülerInnen steht zwar in engem Zusammenhang mit dem Umfang des informellen Albanischerwerbs. Sein Einfluss auf die inhaltliche Zusammensetzung des Vokabulars scheint indes gegenüber demjenigen anderer Variablen von untergeordneter Bedeutung. Die Verteilung von offensivem resp. nicht-offensivem Wortschatz in Klassen aus Gemeinden mit hohem AusländerInnenanteil unterscheiden sich nicht massgeblich von den Werten in Gemeinden mit tiefem AusländerInnenanteil.

Umfang und inhaltliche Beschaffenheit des informell erworbenen Albanischrepertoires werden kaum nur durch die genannten quantifizierbaren Faktoren bestimmt. Mit Hinblick auf weitere Determinanten

und auf «Best-Practice»-Aspekte wurde eine Nachuntersuchung in zwei Real- und einer Sekundarklasse durchgeführt. Alle drei Klassen wiesen überdurchschnittliche Werte sowohl bezüglich des Umfangs wie auch der Qualität (definiert als Anteil nicht-offensiver Einheiten) ihres Albanischrepertoires auf.

Als ein für Motivation und Umfang des informellen Albanischerwerbs bedeutender Faktor erwies sich die Stellung der albanischsprachigen SchülerInnen in der Klasse oder in der Peer-group. Prototypisch hierfür war die «Best-Practice»-Klasse A mit vier in Schule und Freizeit (Fussballclub) bestens integrierten und akzeptierten AlbanerInnen, von denen einer zugleich Klassenbeste war. Diese Situation – ranghohe oder in Freundschaftbeziehungen beliebte AlbanerInnen (die zugleich ihre Sprache nicht verbergen) – stellt eine gute Voraussetzung für den informellen Erwerb eines voluminöseren Vokabulars dar. Sind Klima und Beziehungen so, dass nicht nur das Schimpfrepertoire im Zentrum des Interesses steht, schlägt sich dieser Faktor auch in der inhaltlichen Gestaltung des Wortschatzes nieder. Als Illustration für diese motivational wichtige Variable dient die Antwort eines Mädchens auf die Frage, wie sie ihre Albanischkenntnisse aufgebaut habe: «Ich bin seit der vierten Klasse mit meiner besten Freundin und noch mehr Albanern und Albanerinnen befreundet. Ich merke mir diese Wörter schnell, wenn sie sprechen, und weil diese Sprache mich interessiert, frage ich meistens nach, was das heisst. Ich lerne das in der Freizeit, auch in der Schulpause, einfach immer!».

Dass ein gutes und von Akzeptanz geprägtes Sozialklima zu den Voraussetzungen für kulturelles und sprachliches Interesse gegenüber anderen zählt, liegt auf der Hand; nicht von ungefähr weisen auch alle drei «Best-Practice»-LehrerInnen darauf hin. Wo es allerdings bei der wertschätzenden Grundhaltung bleibt, passiert noch nicht unbedingt viel. Eine starke Impulswirkung auf den informellen Spracherwerb scheinen hingegen Sprachbegegnungs- und Mehrsprachigkeitsprojekte unter dezidiertem Einbezug der im Schulzimmer präsenten Migrationssprachen zu haben. Solche

Projekte werden, im Kontext des language-awareness-Ansatzes (und vielleicht auch favorisiert durch das schweizerische Gesamtsprachenkonzept), in letzter Zeit vermehrt durchgeführt. Das in ihrem Rahmen erworbene sprachliche Wissen und Interesse dürfte nicht nur dem Sprachunterricht zugute kommen, sondern über die Schule hinaus wirken. Nachwirkungen solcher Projekte waren in verschiedenen Klassen spürbar, so auch in der «Best-Practice»-Klasse C, deren Wortschatz und Kommentare noch nach drei Jahren Spuren einer Projektwoche «Sprachen» zeigte. In der «Best-Practice»-Klasse B, deren Lehrerin immer wieder Aktivitäten zu Sprachen und Kulturen unternimmt, trägt dieser interessierte und stimulierende Umgang mit der realen Mehrsprachigkeit Früchte, die offensichtlich über die Schule hinausreichen. Hierauf deuten die folgenden Antworten von SchülerInnen im Umfeld der Frage, was «lässig» an Albanischkenntnissen sei: «Natürlich gibt es immer einen Reiz, andere Sprachen zu können, so dass man z.B. bei einem Brief oder SMS noch etwas Albanisches anfügen kann», «[auch] ist es doch gut, „aktuelle“ Sprachen ein bisschen, wenigstens ein paar Wörter, zu können», «Ab und zu gehe ich in eine Bücherei und leihe mir fremdsprachige Wörterbücher aus, auch schon albanische». Der Faktor «Wertschätzung und aktiver Umgang der Lehrperson mit Mehrsprachigkeit» scheint uns von hoher Bedeutung zu sein, indem er dem eigenen Umgang der SchülerInnen mit der sie umgebenden sprachlichen Vielfalt wertvolle (und auch für den Sprachunterricht produktive) Impulse geben kann. Gänzlich ungesteuert, scheint sich das Interesse an den Sprachen der anderen in etwas hilfloser Form primär auf den Vulgärbereich zu konzentrieren. Angeregt durch die Lehrperson, kann es zumindest zusätzlich auf weitere, in verschiedener Hinsicht brauchbarere Facetten gelenkt werden. Dass deren spontane Erschliessung sonst eher zufällig geschieht, deutet möglicherweise auf eine Überforderung der SchülerInnen hin. Vielleicht gibt es aber auch einen Zusammenhang zwischen der häufigen institutionellen Margina-

lisierung der Migrationssprachen und der Reduktion des Interesses auf die sprachlichen Marginalbereiche des Offensiven und Obszönen. Aufschlussreich und ernüchternd ist jedenfalls ein Vergleich mit dem informellen Englischerwerb. Die Wortschätze, die nebensächlich in dieser von Prestige und Marktwert hoch rangierten Sprache schon auf der Unterstufe erworben werden, sind, wie Untersuchungen zeigen (Bebermaier 1992),² nicht nur viel grösser, sondern auch inhaltlich reicher und vielseitiger.

Neben den gruppenbezogenen Aspekten und der Stimuluswirkung, die in unterschiedlichem Masse von der Lehrperson ausgehen kann, stellen individuelle Haltungen, Urteile oder Vorurteile einen weiteren Faktor dar, der das Interesse gegenüber anderen Sprachen mitgeprägt. Dass Albanisch als Sprache einer eher prestigetiefen Migrationsgruppe diesbezüglich vermutlich besonders exponiert ist, deutet sich in nationalistischen bis rassistischen Bemerkungen auf den (meist leeren) Blättern einiger SchülerInnen aus der Gesamtstichprobe an. Einige zeugen von schlichter Borniertheit (‹Ich kenne keine albanischen Wörter! Ich bin in der Schweiz!›). Andere scheinen falsche Schlüsse aus der aufs Vulgäre reduzierten Albanisch-Praxis in der Peer-group zu ziehen: ‹Was man von den Ausländern lernt, ist nur Gewalt und sind auch Fluchwörter›, ‹Ist eine billige Sprache. Ich bleibe weiterhin beim CH-Deutsch!›. Dass entsprechenden Einstellungen ein für den offenen Umgang mit Migrationssprachen wenig motivierender Faktor sind, ist klar.

Wer lernt wie und wozu Albanisch? Umstände des informellen Albanischerwerbs und Beurteilung seines Nutzens durch die Befragten

Im Rahmen der nicht-repräsentativen ‹Best-Practice›-Nachuntersuchung (s.o.) nahmen 39 SchülerInnen schriftlich Stellung zu den Fragen 1.) Wo, wie, von wem habe ich ‹meine› albanischen Wörter gelernt?, 2.) Was ist ‹lässig›, wenn man etwas Albanisch kann? Auf beide Fragen erfolgten öfters Mehrfachantworten.

Den primären Kontext für den informellen Albanischerwerb scheinen naheliegenderweise Kontakte mit albanischsprachigen KollegInnen zu bilden. Dabei wurde 20 mal explizit auf die Schule als Rahmen hingewiesen, 14 mal werden KollegInnen und FreundInnen ohne direkte Erwähnung der Schule genannt. Nur eine Schülerin gibt an, ihre Albanischwörter von der Schwester gelernt zu haben. Fünf mal wird auf schulische Sprachbegegnungsprojekte Bezug genommen.

Ein meist negativ konnotierter Lernort ist die Strasse (‹wenn ich an diesen Leuten vorbeilaufe und sie es mir nachrufen›; alle zehn einschlägigen Meldungen stammen aus einer Kleinstadt mit hohem AusländerInnenanteil). Mit der Angabe ‹Die Wörter, die nicht aus der untersten Schublade kommen, habe ich von Kollegen, und die schlimmen habe ich von der Strasse› differenziert ein Schüler auch das inhaltliche Potenzial der verschiedenen Erwerbskontexte.

Der informelle Erwerb scheint teilweise unfreiwillig und beinahe immersiv vor sich zu gehen (‹Ich habe es mit der Umgangssprache gelernt›; ‹sicher bleiben einem [...] wohl oder übel ein paar Wörter›. Teilweise wird er aber auch durch eigenes Interesse und Nachfragen aktiv gestützt. Hiervon zeugen Rückmeldungen wie die folgenden: ‹Ich habe sie in der Schule gelernt, indem man sie immer wieder hört und dann einen Kollegen fragt›, ‹Von ein paar Leuten, die in der Schule Albanisch reden. Wenn ein Wort lustig klingt, dann frage ich nach, was es heisst!›, ‹Auch wenn man bei KollegInnen zu Hause ist, hört man Albanisch und fragt auch mal ein Wort nach!›.

Die Antworten auf die Frage nach dem Nutzen von Albanischkenntnissen (‹Was ist ‹lässig› daran, wenn man etwas Albanisch kann?›) decken ein breites Spektrum ab. Unter den positiven Einschätzungen finden sich abstraktere, die den Nutzen von Fremdsprachenkenntnissen allgemein oder aber eine besondere Beziehung zum Albanischen akzentuieren (‹Der Klang dieser Sprache ist schön›). Pragmatischer ist der Grossteil der positiven Einschätzungen, die die Albanisch-

kenntnisse mit Bezug auf ihre momentane Brauchbarkeit beurteilen. Angesprochen werden dabei zwei ganz verschiedene Verwendungskontexte und -perspektiven, mit denen sich auch gänzlich unterschiedliche Zielwortschätze verbinden. Der erste, vor allem von Mädchen angeführte, meint die potenzielle Kommunikation mit AlbanerInnen in deren Sprache, z.B. im Elternhaus einer Freundin (‹auch wenn ich mit jemandem Gespräche führen kann, das finde ich schön. Obwohl ich noch sehr viele Wörter bei Gesprächen vertausche›; ‹Albanisch sprechende Leute sind auch immer beeindruckt, wenn man etwas Albanisches sagen kann›).

Der zweite Zielbereich, deutlich häufiger von Jungen angesprochen, ist die eigene (deutschsprachige) Peer-group, innerhalb derer die Adaption einzelner albanischer (Schimpf-)Wörter Bestandteil des Gruppen- und Geheimslangs ist. Funktional sind diese in der Art von insertionalen Switches eingestreuten Wörter und Wendungen zur Bereicherung des Ausdrucksrepertoires der Gruppe, zur sprachlich verfremdeten Thematisierung von teilweise neuen sexuellen Tabubereichen (s.o. zu den mutterbezogenen Beschimpfungen) und als Abgrenzung und provokativer Geheimcode gegenüber Erwachsenen. Darüberhinaus können sie als verbale Munition in scherzhaften oder konfliktuösen Begegnungen mit Albanischsprachigen dienen. Auf diese Facetten der Pragmatik rekurrieren Begründungen wie z.B. ‹Dass andere Leute nichts verstehen›, ‹der Lehrer versteht einen nicht, wenn man etwas Albanisches sagt›, ‹Man kann auf Albanisch fluchen› oder, bildungsbewusst: ‹Die deutschen Schimpfwörter sind langsam langweilig geworden. Man muss sich weiterbilden›. Gegenüber der ersten, von ferne fremdsprachenerwerbsorientierten Verwendungsperspektive ist das für den zweiten Kontext erforderliche Vokabular in jeder Hinsicht viel beschränkter. Albanisch (wie vermutlich auch die andern Migrationssprachen) wird in ihm reduziert auf seine Funktion als Spender von Anreicherungen gewisser Facetten eines Slangs, der stark an die jewei-

lige Gruppe, ihre Altersstruktur (Pubertät) und ihr soziales Umfeld gebunden ist. Dass dieser zweite Verwendungskontext allerdings klarer häufiger ist, spiegelt sich deutlich in den oben referierten hohen Prozentanteilen, die der offensive Wortschatz gesamthaft einnimmt.

Mit den tendenziell immer auch ausgrenzenden Aspekten Gruppenslang und Geheimcode verbindet sich eine Reihe von ambivalenten bis ablehnenden Antworten auf die Frage, was «lässig» sei, wenn man etwas Albanisch könne. Während ein Junge die gruppenidentäre Funktionalität noch positiv mit «Das man [...] auch mitreden kann» anspricht, tönt es bei einem anderen bereits skeptischer: «Ich finde es gar nicht so lässig, aber fast alle können ein Wort oder zwei»; ein Gruppendruck, der im nächsten Zitat explizit benannt wird: «Ich denke, viele fühlen sich auch als Outsider, wenn sie keine Wörter kennen». Zur negativen Einschätzung trägt auch die einseitig aufs Offensive beschränkte Ausrichtung des Wortschatzes bei. Über kurz oder lang – genauer: in der neunten Klasse, wie unsere Auszählungen ergaben – verliert sie ihren Reiz: «Ich bin nicht stolz, dass ich diese Wörter kann, aber wir leben in einer Zeit, in der fast jeder Albanisch kann!»; «Mir ist es aber schon verleidet, diese Wörter zu hören». Neben SchülerInnen, die das Kind mit dem Bade ausschütten («billige Sprache», s.o.) finden sich dabei auch solche, die das Problem differenzierter benennen: «Ich finde es nicht lässig, wenn man albanische Wörter als Schimpfwörter missbraucht. Es ist aber interessant, wenn man ein bisschen fremde Sprachen kann. Es müssen ja nicht unbedingt Schimpfwörter sein», oder «Ich finde es sehr lobenswert und gut, wenn ein Mensch viele Sprachen kann, aber nur, wenn es auch richtig geschieht, und nicht nur Obszönitäten und Schimpfwörter».

Linguistische Aspekte

Rund 70% der Belege wurden aufforderungsgemäss mit einer Übersetzung versehen. Bei einem Teil des Rests fanden sich Fragezeichen, die auf fehlendes oder unsicheres Verständnis deuten, ferner

bisweilen Kommentare, die auf Hemmungen bei der deutschen Verschriftung von Tabuwörtern hindeuten. Einige Übersetzungen lehnten sich fälschlich an lautliche Analogien oder Ähnlichkeiten an («nona» [dialektal für nëna, Mutter] = Nonne; motër [Schwester] = Mutter etc.), selten wird ferner die Wortart falsch zugeordnet (Bsp. «te shpia» [nach/zu Hause] = geh heim).

Viele Übersetzungen stellen dem albanischen Ausdruck ein deutsches Äquivalent gegenüber, das zwar den semantischen Grobbereich, nicht aber die präzise Wortbedeutung trifft (Bsp. «sa mirë» [wie gut] = hübsch; «derr» [Schwein] = Kuh). Besonders viele solcher falscher Zuordnungen finden sich im grossen Bereich des offensiven Vokabulars. Prioritär ist hier ja tatsächlich die pragmatische Funktionalität bzw. die Brauchbarkeit als Schimpfwort. Unstimmigkeiten im semantischen Detailbereich stellen keine Beeinträchtigung dar, wofern die offensive oder provokative Wertigkeit beibehalten wird. Beispiele für die intuitiv richtige Einschätzung dieser Wertigkeit stellen u.a. die diversen Äquivalente dar, mit denen die im gesamten Balkan gängige und absolut inflationär verwendete Wendung «möge ich deine Mutter ficken» wiedergegeben wird durch «dumme Schlampe», «Dummkopf», «Arschloch», oder durch die vom Angloamerikanischen her vertrauten Ausdrücke «Mutterficker», «fick deine Mutter» etc. Indem der höfliche albanische Optativ meist durch den deutschen Imperativ wiedergegeben wird, steigert sich die Derbheit zusätzlich.

Auch wenn sich die (grossteils auf die Adaption von einzelnen Ausdrücken beschränkte) Albanischrezeption deutlich vom zielgerichteten Zweitspracherwerb unterscheidet, werden in den Übersetzungen doch punktuell Charakteristika desselben sichtbar. Dies betrifft insbesondere die Analyse und Interpretation des albanischen Inputs. Indizien für Rudimente spracherwerbsbezogener Reflexion zeigen sich beispielsweise in den auffällig häufigen Übersetzungen «nënë» = Mutter, «gruen» = Frau etc. Das albanische Nomen steht hier im Akkusativ; es wurde von den Befragten eindeutig aus einer der «ta-

qifsha»-Formeln (die meist ebenfalls aufgelistet werden) isoliert und als eigenständiges Wort erkannt. Analoge Interpretationsversuche finden auch gegenüber anderen Bestandteilen dieser und weiterer Wendungen statt. Da sie auf der Folie der deutschen Syntax erfolgen, führen sie meist zu Fehlschlüssen (z.B. «ta» = deine; in Wirklichkeit ist «ta» eine Kontraktion der Konjunktiv-Partikel und der Objektverdoppelung). Besonders häufig werden fälschlich Infinitive erschlossen (Übersetzung von «mahëngsh» (mögest du mir essen) oder «hama» (iss es mir) als «essen»), obwohl das Albanische diese Form gar nicht kennt. Eine Kombination aus falscher bzw. fehlender Segmentierung des Inputs und falscher grammatikalischer Interpretation ist die Übersetzung von «pritpak [eigentlich: prit pak; warte ein wenig]» als «warten».

In vielen Fällen liessen die Beispiele, trotz schwerer Verstümmelungen in der Verschriftlichung, dialektale Einflüsse in Zusammenhang mit den albanischsprachigen SchülerInnen erkennen, von welchen die Ausdrücke erworben wurden. Neben Einflüssen aus dem Nord- und Nordostgegischen der KosovarInnen finden sich viele aus den mittel- und ostgegischen Mundarten der makedonischen AlbanerInnen, die im Befragungsraum (Ostschweiz) tatsächlich einige Ballungszentren haben. (Hinter diesen lokalen Ballungen steht der Umstand, dass sich aufgrund von früheren Anwerbeaktionen und wegen der Mund-zu-Mund-Propaganda oft Leute derselben Herkunftsgegend auch in der Schweiz am selben Ort niederliessen.)

Diphthongierte Formen wie «nouk», «shkoullë» oder «mejr» (Standard: nuk, shkollë, mirë) lassen in diesem Sinne die Herkunft der VermittlerInnen aus dem mittelgegischen Raum (Tetova etc.) erkennen, während die Vokalwandel in «mirmroma» oder «bobën» (statt mirëmbërëma und babën) auf Nordgegisches sprechende KollegInnen aus Kosova hinweisen. Dasselbe gilt für dialektale Varianten («hungju» statt «ulu», setz dich) und mundartliche Ausdrücke. So wie deren Verbreitung im Herkunftsland räumlich oft stark begrenzt ist, finden sie sich auch in der Schweiz nur gerade an jenen Orten belegt, wo MigrantInnen aus den

betreffenden Regionen leben. Beispiele sind der nur in Elgg belegte Anruf «faco» (Schönling), die auf das türkische Lehnwort «orospi» (Hure) zurückgehende Form «ruspi», die nur in Frauenfeld auftaucht, oder verschiedene mundartliche Varianten für anstössige Wörter.

Der Kontakt des Deutschen mit dem Albanischen beschränkt sich seitens des Deutschen weitestgehend auf die Adaption von Wörtern und Wendungen, die in der Art von Switches verwendet werden. Eindeutschungen, wie sie von den Prestigesprachen Englisch und Französisch her bekannt sind, fehlen. Eine Ausnahme bildet das in drei Thurgauer Gemeinden belegte Appellativum «Schippi» resp. «Schibi» (von Shqiptar, Albaner); es stellt eine nach dem Muster anderer (schweizer-)deutscher Pejorativa (Bubi, Möngi, Ossi) gebildete Form dar. Zu ergänzen bleibt, dass die Auswirkungen des deutsch-albanischen Sprachkontakts auf Seiten des Albanischen deutlich tiefergehend sind; dies als sprachlicher Ausdruck der realen Macht- und Mehrheitsverhältnisse. Sie erstrecken sich auf lexikalische Übernahmen in diversen Bereichen, entwickelte Formen des Switchings, häufige morphologische Einpassung gewichteter Lexeme, Einflüsse im Bereich der Syntax etc.

Schulbezogener Ausblick

Ein Ort von zentraler Bedeutung für sprachliche Begegnungen und informellen Spracherwerb ist die Schule. Unter ihrem Dach vereinen sich die SprecherInnen der verschiedenen Sprachen; auch jene, die in der Freizeit möglicherweise weniger Kontakt haben. Dass der intensive Kontakt auch sprachlich nicht folgenlos bleibt, zeigte unsere Untersuchung am Beispiel des Albanischen. Ein Interesse an der Sprache der anderen besteht; in vielen Fällen reduziert es sich allerdings auf ein Interesse an den Schimpfwörtern aus der Sprache der anderen.

Dieser Fokus des Interesses, das soll vorausgeschickt werden, ist an sich kein Problem. Er kann im weitesten der Freude am Spielen mit Sprache(n) zugeordnet werden. Davon zeugt auch der Umstand, dass die fremdsprachigen Flüche

mehrheitlich im scherzhaften und spielerischen Umgang und keineswegs beschränkt auf konfliktuöse Situationen verwendet werden. Der Reiz der Beherrschung von Schimpfwörtern in anderen Sprachen begründet sich, wie oben illustriert, in den verschiedenen Funktionen, die sich mit ihm zumal für die befragte Altersgruppe verbinden: Es können, sprachlich verfremdet, Bereiche angesprochen werden, die in der eigenen Sprache streng tabuisiert sind; es können neue Tabu- und Schimpfbereiche überhaupt erst erschlossen werden; Erwachsene können provoziert und ausgeschlossen werden. Dazu kommen gruppenidentitäre und binnenintegrative Aspekte, wenn das betreffende Repertoire zum Code der Peergroup gehört. Aus der Gebundenheit an Umfeld, Bezugsgruppe und Altersstufe erklärt sich auch, dass das Fluchen in anderen Sprachen kaum eine Gefährdung der individuellen Sprachkultur darstellt: Ändert eine der drei Variablen (z.B. durch Umzug oder Beendigung der Schulzeit), verliert es rasch seine Funktion und wird von selbst hinfällig. Unsere Daten zeigen, dass die Attraktivität bereits im 9. Schuljahr nachlässt, indem der Anteil des offensiven Vokabulars dort sichtbar sinkt.

Probleme können dort entstehen, wo der provokative Charakter des Fluchens (sei es in Deutsch oder anderen Sprachen) überhand nimmt. Provoziert, belästigt oder ausgeschlossen fühlen können sich MitschülerInnen, wie es entsprechende Aussagen (s.o.) belegen. Provoziert fühlen kann sich aber auch die Lehrperson. Dies geschieht besonders, wenn Schimpfwörter und -wendungen aus anderen Kulturen unter dem Aspekt ihres wörtlichen Nennwerts und nicht unter dem ihres (meist stark inflatierten) tatsächlichen Gebrauchs- und Stellenwertes betrachtet werden. Vollends problematisch wäre es, aus den kulturspezifisch angesprochenen Tabubereichen pauschalisierende Rückschlüsse auf die betreffende Kulturen zu ziehen (im Falle der SchweizerInnen mit ihrer Vorliebe für «Siech», «Tübel», «Scheisse», «Arschloch» etc. müssten sie auf eine tiefe Behindertenfeindlichkeit und eine starke Analfixation schliessen lassen). – Die

pädagogische Frage, ob und wie auf das Phänomen Fluchen eingegangen werden soll, muss im Rahmen der jeweiligen Klassen- oder Schulhauskultur beantwortet werden. Am angemessensten ist dabei wohl ein pragmatischer Zugang, der den Reiz des Fluchens für manche Kinder nicht wegmoralisiert, fremdsprachige Flüche nicht aufgrund ihrer Wortbedeutung dramatisiert und emporstilisiert – und dabei trotzdem klare Richtlinien für das in der Klasse oder im Schulhaus Tolerierte setzt.

Dass Albanisch (und ebenso natürlich andere Migrationssprachen) gerne auch als Quelle zur Bereicherung des Schimpfrepertoires genutzt werden, halten wir aus den genannten Gründen für kein zentrales Problem. Problematischer ist, dass sich der vielerorts intensive Sprachkontakt seitens der nicht-Albanischsprachigen oft in dieser Facette erschöpft. Dass dies nicht so sein muss, bewiesen die Ergebnisse der «Best-Practice»-Klassen. Neben diversen nicht beeinflussbaren Variablen, die den Umfang und die inhaltliche Beschaffenheit des informellen Albanischerwerbs mitbestimmen, wurde dort auch ein Faktor sichtbar, der sehr wohl im Einflussbereich der Lehrpersonen liegt. Gemeint ist die Art, wie die Lehrperson mit der Mehrsprachigkeit der Klasse umgeht und diese im Unterricht aktiv integriert bzw. nutzt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, dass ein in der Schule angeregtes Interesse gegenüber anderen Sprachen auch den ausserschulischen Umgang mit denselben auf produktivere Bahnen lenkt. Die Impulswirkung, welche Projekte im Bereich Sprachenbegegnung, -untersuchung etc. ausüben, spiegelt sich in entsprechenden Äusserungen von SchülerInnen und in Umfang und Qualität ihres Albanischrepertoires. Was im Kontext solcher Unterrichtsvorhaben aus anderen Sprachen gelernt und für Vergleiche etc. genutzt wird, unterscheidet sich prägnant vom Erwerb einiger Schimpfwörter, auf den sich die nebenschulische Auseinandersetzung mit anderen Sprachen sonst vielfach beschränkt. Die SchülerInnen erhalten hier Impulse, Fragestellungen und ein «Rüstzeug», das sie auch in der ausserschulischen

Begegnung mit anderen Sprachen zu anregenderen Fragen als «Was heisst Scheisse auf ...isch» stimuliert und qualifiziert.

Stellt man, umgekehrt, die Nicht-Beachtung bzw. niedrige Wertschätzung der Migrationssprachen seitens unserer Schulsysteme und mancher Lehrpersonen in Zusammenhang mit den teilweise trostlos aufs Obszöne reduzierten Aufzählungen vieler SchülerInnen (und denkt man zusätzlich noch an die ganz anderen Befunde beim informellen Erwerb der Prestigesprache Englisch!), so lässt sich, etwas pointiert, vermuten: Die implizite Ghettoisierung dieser Sprachen trägt dazu bei, dass sich dort, wo sie im täglichen Umgang informell doch zum Thema werden, das Interesse nicht von ungefähr auf die sprachlichen Ghettobereiche fixiert – wurden diese Sprachen doch trotz ihrer täglichen Präsenz gar nie als etwas Interessantes und Wertvolles erlebbar gemacht. Demgegenüber kann ein gegenüber den verschiedenen Sprachen und Kulturen offener, wertschätzender und interessierter Unterricht das natürliche Interesse der SchülerInnen auf Bereiche lenken, die nicht nur für den Bereich Sprachbetrachtung/Grammatik ein hohes Lernpotenzial enthalten, sondern in unserer plurikulturellen und multilingualen Gesellschaft deutlich nützlicher und brauchbarer sind als das Beherrschen einiger Zoten. Die Bedeutung entsprechender Projekte und Aktivitäten kann, auch im Sinne der sprachlichen Kultur eines Schulhauses, nicht unterschätzt werden. Zu wünschen wäre, dass möglichst viele LehrerInnen die Bedeutung dieses Einflussfaktors – des einzigen, den sie direkt steuern können! – erkennen und umsetzen.

¹ Der vorliegende Text stellt die Kurzfassung des ausführlichen Schlussberichts dar. Dieser ist beim Autor als pdf-File verfügbar (basil.schader@phzh.ch).

² Hans Bebermaier: Begegnung mit Fremdsprachen in der Lebenswirklichkeit von Grundschulkindern. In: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung [Nordrhein-Westfalen] (Hg.): Sprachliche Begegnung und fremdsprachliches Lernen in der Grundschule. Soest 1992.

Basil Schader
Pädagogische Hochschule Zürich

Susanne Wenzel:
Das Kosovo entdecken.
Kultur und Natur zwischen
Amselfeld und Albanischen
Alpen.
Trescher-Reihe Reisen.
Trescher Verlag. Berlin 2003.
Brosch. 144 S.
ISBN 3-89794-020-5. 13,95 €



Im Januar d. J. ergänzte der auf Osteuropa spezialisierte Trescher Verlag seine „Reihe Reisen“ um einen Titel, der sich – im Gegensatz zu den bislang vorgelegten Reiseführern – mit einem Gebiet beschäftigt, das in den vergangenen dreizehn Jahren von Touristen praktisch nicht besucht wurde und auch aktuell nur in Einzelfällen als touristisches Reiseziel dienen dürfte: das unter UNO-Verwaltung stehende Kosovo. Dass sich der in Berlin ansässige Verlag dennoch dazu entschloss, einen Kosovo-Reiseführer herauszubringen, dürfte daher nicht zuletzt mit der vergleichsweise hohen Zahl deutscher Soldaten, Polizisten und Experten in der früheren jugoslawischen Krisenprovinz zusammenhängen. Folglich empfiehlt der Verlag den handlichen Führer auch als „einen unentbehrlichen Ratgeber für alle, die beruflich oder privat im oder mit dem Kosovo zu tun haben“.

Von der zunehmend größeren Zahl von Reiseführern, die sich durch immer kürzere Texte und vermehr-

te Szenentipps zu überbieten versuchen, hebt sich der kleine Band von Susanne Wenzel wohltuend ab. Die ersten 75 Seiten widmet die Autorin „Land und Leute“. Die Geographie und Geschichte des Kosovos werden eher knapp und lediglich in groben Zügen dargestellt. So wird unter der Überschrift „Streben nach Unabhängigkeit“ dem bewaffneten Kampf der UÇK gerade eine Seite eingeräumt. Einige kleinere Ungenauigkeiten sind die Folge. Formale Autonomierechte wurden dem Kosovo nicht erst 1963 zugebilligt, sondern bestanden bereits zuvor im Rahmen der Autonomen Region Kosovo. 1963 wurde die Umwandlung des Kosovo in eine autonome Provinz vollzogen und 1968 – nicht 1969 – erfolgte die Aufwertung der autonomen Provinz zu einer „soziopolitischen Gemeinschaft“, wobei (vorübergehend) aus der amtlichen Bezeichnung Kosovo-Metohija der Name Metohija gestrichen wurde.

Auch der derzeitige besondere Status Kosovos wird eher kurz abgehakt. Umgangssprachliche Formulierungen wie „Nach einigem Hin und Her wurde Ibrahim Rugova zum Präsidenten...“ erwecken zudem den Eindruck, dass die entsprechenden Passagen in großer Eile niedergeschrieben wurden. Ausführlicher behandelt die Verfasserin sodann den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Kosovo-Friedenstruppe KFOR. Dabei fließen auch persönliche Eindrücke und der Erfahrungen der Verfasserin mit ein.

Während sich die Informationen im Kapitel „Die Bevölkerung und ihre Sprachen“ vornehmlich auf die wesentlichen Eckpunkte der Entwicklung der albanischen Sprache und ihrer Erforschung konzentrieren, ist das nachfolgende Kapitel „Die Religionen“ detaillierter gehalten. Neben den christlichen Kirchen und dem Islam einschließlich des Sufismus und der Sonderform des Derwischordens geht Wenzel zu Beginn auch kurz auf jüdische Spuren im Kosovo ein, die sich bis 1492 zurückverfolgen lassen. Mehrere Seiten räumt die Autorin anschließend dem Kanun ein, dessen Vorschriften und Bestimmungen sie auf sechs Seiten recht ausführlich zusammengefasst.

Daran schließt sich eine etwa willkürlich wirkende Auflistung berühmter albanischer Persönlichkeiten mit Lebensdaten an, die auch den Namen des deutschen Künstlers Hans Trochel enthält.

Aufschlussreich, da einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt, ist der Exkurs „Auf den Spuren sächsischer Bergleute“, der sich mit der Siedlungsgeschichte sächsischer Bergleute im 13. und 14. Jahrhundert im Kosovo beschäftigt. Zeugnis dieser Epoche ist die Ruine der sächsischen Kirche, die noch heute in Stantërg (Stari Trg) besichtigt werden kann. Der erste Teil der Neuerscheinung endet mit dem Kapitel „Kunst und Kultur“, das auf wenigen Seiten über bildende Kunst, Literatur, Handwerk, die Kulla als besondere albanische Bauform (Turm-/Wehrhaus) sowie die kosovarische Küche informiert. Leider erschöpft sich das Unterkapitel „Literatur“ neben wenigen Zeilen über den 1961 geborenen Schriftsteller Rizah Sheqiri – weitgehend in Angaben über den Lebenslauf und Veröffentlichungen des in Deutschland lebenden kosovarischen Journalisten Beqë Cufaj.

Den eigentlichen Reiseführer bildet der zweite Teil unter der Überschrift „Orte und Landschaften“. Als zentralen Ausgangsort wählt Wenzel die Provinzhauptstadt Prishtina, deren bedeutendsten Sehenswürdigkeiten auf einem Stadtrundgang vorgestellt werden. Es folgen einzelne Kapitel über die verschiedenen Regionen der Provinz, wobei diese jeweils von einer der zentral gelegenen Bezirksstädte aus erschlossen werden. Den größeren Orten wie Mitrovica, Prizren, Peja oder Gjakova sind eigene Kapitel gewidmet. Anerkennung verdient, dass die Autorin auch Sehenswürdigkeiten in den mehrheitlich serbisch besiedelten Gebieten beschreibt. Dazu zählen dem neben Kloster Gračanica auch das nordöstlich von Mitrovica gelegene Ibartal. Dass das Kosovo dem Besucher neben Baudenkmälern auch eine imposante Landschaft zu bieten hat, unterstreicht der Abschnitt über die wild-romantische Rugova-Schlucht in der Umgebung von Peja. Ebenfalls einen Besuch wert

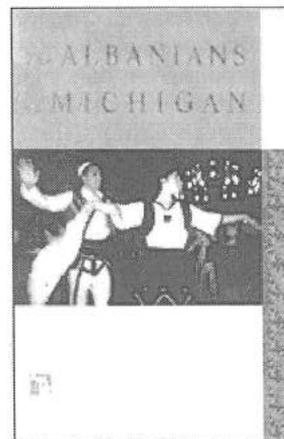
ist die Marmorhöhle Gadime südwestlich von Lipjan, die mit ihren Stalaktiten und Stalagmiten aus Marmorsteinen ein seltenes Naturphänomen darstellt.

Eine größere graphische Informationsdichte hätten die Regionalkarten und Stadtpläne getragen. Diese enthalten zum Teil nur sehr wenige Eintragungen. Bereits beim Erscheinen des Reiseführers überholt sich einige der im Anhang („Reisetipps von A bis Z“) aufgeführten Informationen. So gilt die „Grüne Versicherungskarte“ („Anreise über Montenegro“) seit Jahresbeginn 2003 auch im Staatenbund Serbien und Montenegro. Ebenfalls wurden – entgegen den Angaben im Reiseführer – inzwischen einzeln Geldautomaten installiert. Reichlich befremdlich wirkt unter dem Stichwort „Visum“ die Bemerkung: „Bei Anreise über Serbien ist für deutsche Staatsbürger ein Visum erforderlich ... Deswegen kann man als Deutscher nicht über Serbien einreisen.“ (sic!) Die aus der Visumpflicht gezogene pauschale Schlussfolgerung ist nahe liegenderweise falsch. Ein serbisches Transitvisum ist in der Regel ohne jegliche Probleme in den entsprechenden Konsulaten sowie an den Grenzübergängen erhältlich. Ebenfalls reichlich willkürlich und irritierend muten die abschließenden Literaturempfehlungen an. Zum Thema Geschichte wird ausschließlich (!) auf Albanien- bzw. allgemeine Balkantitel verwiesen. Die zahlreichen Veröffentlichungen über Kosovo sucht man dagegen vergebens. Eine gründlichere Literaturrecherche wäre angebracht gewesen.

Der Reiseführer, von der Verfasserin mit Engagement verfasst und mit zahlreichen schwarzweiß Fotos versehen, schließt trotz der kritischen Anmerkungen zweifellos eine wichtige Lücke. Sprachliche und inhaltliche Schwächen sowie Tipp- und Rechtschreibfehler (auch in Überschriften) hinterlassen jedoch den Eindruck, dass die Neuerscheinung unter erheblichen Zeitdruck entstand. Darunter leidet der Gesamteindruck nicht unwesentlich.

Stephan Lipsius

Frances Trix:
The Albanians in Michigan.
East Lansing 2001. Paperback
X, 73 S. (Discovering the
Peoples of Michigan). ISBN
0870135848. 9,00 US-\$



In einer von Arthur Helweg und Linwood Cousins herausgegebenen Reihe über die ethnischen Gruppen im US-Bundesstaat Michigan erschien als vierter Band eine kleine Studie über die Albaner. Die Anthropologin Frances Trix hat 1993 ein Buch über den in Detroit lebenden Bektashi-Theologen Baba Rexhepi veröffentlicht.

Abgesehen von Eigenveröffentlichungen der Albaner in den USA (besonders seitens der Panalbanischen Föderation Vatra und der lange von Fan Noli geleiteten Orthodoxen Kirche) ist besonders die Monographie von Dennis L. Nagi: *The Albanian-American Odyssey*. New York 1989, grundlegend; sie konzentriert sich allerdings auf Boston (Mass.), eines der wichtigsten kulturellen Zentren der US-Albaner und ist sowohl vor dem Systemwechsel in Osteuropa als auch vor der gewaltsamen Eskalation in Kosovo entstanden. Nagi hat sehr eindrücklich belegt, dass das melting pot-Modell auch bei den Albanern verfehlt ist und dass die ethnische Identität als Albaner in der Generationenfolge wieder stärker wird und neben der politischen Identität als US-Bürger steht. Auch Fernsehdokumentationen wurden den US-Albanern gewidmet.

Die Albaner begannen im späten 19. Jahrhundert mit einer hauptsächlich ökonomisch motivierten Emigra-

tion in die USA. Der kurbet war darauf ausgerichtet, dass Männer in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld verdienten und ansparnten, um dann nach Albanien heimzukehren. Dieses Konzept schlug häufig fehl und führte entweder zum Zerfall der Familien oder zum Nachzug der Angehörigen. Von den Immigrationszentren an der Ostküste zogen Albaner in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auch in den Industriestaat Michigan, besonders nach Detroit und in die umliegenden Counties Wayne, Oakland und Macomb. Diese erste Welle stammte aus Südalbanien (Korça bis Saranda) und bestand sowohl aus Muslimen wie aus Orthodoxen. Sie gründeten dort eine Zweigstelle der Vatra, waren aber in religiöser Hinsicht (Beerdigungen, Hochzeiten u.a.) zunächst auf die Infrastrukturen bestehender Glaubensgemeinschaften angewiesen.

Obwohl nach dem II. Weltkrieg eine zweite, diesmal politisch motivierte Immigrationswelle einsetzte, spielten anders als an der Ostküste politische Richtungskämpfe zwischen konservativen Emigranten und Unterstützern von Hoxhas Albanien hier keine Rolle. Ab 1943 wurden in Detroit eigenständige albanische Kirchen, Moscheen und die überregional bedeutende Bektashi-tekke unter Leitung von Baba Rexhepi gegründet. 1960-1989 folgte eine dritte Welle, praktisch ausschließlich aus Jugoslawien. Ab 1990 brachten der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes und besonders der Krieg in Jugoslawien eine vierte Welle hervor. Besonders die Integration von Flüchtlingen aus Albanien war vielfach schwierig, zumal sie nicht über die religiösen Strukturen erfolgen konnte. Auch Kosovaren in den USA nahmen 1999 kurzfristig oder ständig Verwandte bei sich auf, die aus Kosovo geflohen waren. In Detroit waren albanische und nicht albanische humanitäre Organisationen, auch solche mit christlichem oder jüdischem Hintergrund, zugunsten der Kosovo-Flüchtlinge engagiert.

Die albanischen Organisationen haben ebenfalls in unterschiedlicher Form Hilfe in Albanien geleistet, durch Hilfslieferungen, Bauprogramme oder andere Investitionen.

Einige Michigan-Albaner spielen auch in der albanischen Gemeinschaft auf Bundesebene eine wichtige Rolle wie Eqrem Bardha, der Herausgeber der albanischen Zeitung „Illyria“ und Julie Black, die Vorsitzende der Albanian American National Organization.

Genaue Zahlen sind wegen der Erhebungskriterien der Einwanderungsbehörden nicht zu ermitteln; so gehen die Schätzungen über die Zahl der US-Bürger albanischer Herkunft auseinander. Albanische Verbände sprechen von einer halben Million.

In Michigan reichen die Schätzungen bis an 55.000 Albaner, von denen über 35.000 in religiösen Gemeinschaften organisiert sind (15-25.000 Katholiken, über 10.000 Muslime, mehrere Tausend Orthodoxe). Sunniten, Bektashi und Orthodoxe arbeiten eng zusammen und unterstützen sich sogar gegenseitig beim Bau von religiösen Gebäuden; für die (gegischen) Katholiken gilt das nur eingeschränkt. Die regionale Zugehörigkeit wirkt offenbar eher trennend als die konfessionelle bzw. religiöse. Die Religionsgrenze wird allerdings bei der Heirat innerhalb der in Michigan besonders traditionellen albanischen Gemeinschaft nicht überschritten, allenfalls bei interethnischen Ehen.

Die patriarchalischen Familienstrukturen, die Unterordnung der Frauen, das Bestreben, innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe (aber nicht innerhalb des Klans) zu heiraten, haben sich auch hier erhalten und zur Stabilisierung der Albaner und des Albanischen beigetragen. Sie weichen nur langsam mit einer höheren Bildungspartizipation der Mädchen auf.

Umgekehrt werden Modernisierung und Anpassung an US-amerikanische Lebensweisen mit dem Verlust an ethnischer Kontinuität bezahlt. Die orthodoxen Albaner, die als erste einwanderten, sind in diesem Prozess am weitesten voran geschritten: die gebildete und wirtschaftlich prosperierende dritte Einwanderergeneration spricht kaum noch Albanisch. Auch die Kirche muss Konzessionen machen: die Liturgie wird mittlerweile auf Englisch gelesen.

Das Büchlein wird ergänzt durch kurze Einblicke in die Küche, die

Sprache und die besonders bei Hochzeiten gepflegte Volksmusik der Albaner; letzteres Kapitel wurde von Suzanne Camino beigeleitet. Ein reichhaltiges Literaturverzeichnis schließt das Buch ab.

Trix' Darstellung einer relativ großen Migrantengruppe in einem einzigen Bundesstaat ist kenntnisreich und von Sympathie geprägt; sie thematisiert aber auch die Modernisierungskonflikte, denen sich die nachwachsenden Generationen stellen müssen. Die durch die Konzeption der Reihe bedingte Kürze macht es ihr natürlich unmöglich, alle Probleme der Geschichte und Gegenwart tiefer zu analysieren. Für weitergehende Forschungen ist noch jede Menge Raum.

Michael Schmidt-Neke

Gjergj Rrapi:
Die albanische Großfamilie
im Kosovo.
Böhlau Verlag, Wien, Köln,
Weimar 2003. Paperback 145
S. (= Albanologische Studien
Band 4) 35,00 €

Die von den Grazer Balkanologen Karl Kaser und Helmut Eberhard herausgegebene albanologische Reihe macht erfreuliche Fortschritte. Nach der wirtschaftshistorischen Studie von Spiro Shkurti (s. AH 2/1997), Erfahrungsberichten ehemaliger politischer Gefangener in Albanien und einem Band zur Migration erschien jetzt eine 1995 in Belgrad auf Serbisch veröffentlichte Studie des kosovarischen Soziologen Gjergj Rrapi. Der Text wurde von Kristë Shtufi ins Deutsche übersetzt und von den Herausgebern überarbeitet.

Die Großfamilie oder besser „komplexe Familie“ (shtëpia e madhe) ist eine in einem oder mehreren Häusern zusammen lebende Gemeinschaft von Menschen, die durch väterliche Abstammung miteinander verbunden sind, und ihren Frauen. Eine Familie aus Vater, Mutter und 14 Kindern wäre dem gegenüber lediglich eine Kernfamilie – wenn auch eine sehr große. Eine komplexe Familie kann durchaus kleiner sein. Sie bildet eine arbeitsteilige Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Besitz; sie versorgt auch die Familienangehörigen, die nicht ar-

beitsfähig sind. Sie untersteht der Autorität eines Hausherrn. Sie ist praktisch nur noch unter den Kosovo-Albanern zu finden.

Die Frauen heiraten in solche Gemeinschaften ein, nie die Männer; auch Adoptionen oder andere Formen von Aufnahmen von Männern in die Gemeinschaft finden nicht statt.

Im Untersuchungszeitraum (1989-91) konnte Rrapi noch 151 derartige Großfamilien mit insgesamt 895 Familieneinheiten und 4.811 Mitgliedern finden, die mindestens 25 Mitglieder umfassten (kleinere ließ er unberücksichtigt); nur drei davon umfassten mehr als 50 Mitglieder, während er noch 1972 im Dukagjin Familien mit mehr als 90 Mitgliedern antraf. Die 3-Generationen-Familie war häufiger als die 4-Generationen-Familie.

Wegen der hohen natürlichen Zuwachsrates der Albaner (Geburtenplanung wird gerade in den Großfamilien weder gewünscht noch praktiziert) waren nur 25 % der Angehörigen älter als 20 Jahre; die Mehrheit war aus demselben Grunde männlich. Die hohe Kinderzahl war nicht abhängig von Bildungs- oder Beschäftigungsstatus der Eltern.

Die Großfamilien besaßen im Schnitt nur 11 ha Grund, das bedeutet 0,33 ha pro Familienmitglied, was als Lebensgrundlage äußerst wenig ist. Landwirtschaftliche Maschinen hatten das Zugvieh fast verdrängt, doch war der Mechanisierungsgrad unzureichend. Auch die Zahl der gehaltenen Rinder und Schafe (bei den Katholiken auch Schweine) ging rapide zurück. Allerdings lebten 38 % der Haushalte überwiegend oder völlig von nicht landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Die Ernährungsgrundlage war überwiegend die eigene Agrarproduktion (selbst das Brot wurde im Haus gebacken und nicht vom Bäcker gekauft), daher war die Verpflegung sehr eintönig und ohne die Möglichkeit, individuelle Vorlieben zu erfüllen. Auch Bekleidung und Hygiene waren Umstände halber einfach.

Besonders fatal war der niedrige Bildungsstand. Da die geringen finanziellen Möglichkeiten nicht ausreichten, um allen Kindern eine begabungsgerechte Bildung zukommen zu lassen, der Kollektivismus der Großfamilie aber alles vermeidet, was nach Be-

günstigung Einzelner aussieht, wurde die Entscheidung häufig dahingehend getroffen, lieber alle Kinder so früh wie möglich von der Schule zu nehmen; das gilt in erster Linie für die Mädchen. 27 % der Mitglieder der untersuchten Familien waren Analphabeten, während es in den Dörfern von Kosovo insgesamt 1981 „nur“ 19,7 % waren.

Die innere Organisation war weiter patriarchalisch und am Kanun orientiert; sie unterstand einem von der Gemeinschaft anerkannten, theoretisch abwählbaren Hausherrn, der die Familie in allen Angelegenheiten nach außen vertrat, und einer Hausherrin, die normalerweise nicht die Frau des Hausherrn war. Der Kontakt zu den staatlichen Autoritäten wurde auf das Allernötigste beschränkt; etwa Gerichte bei Streitigkeiten in Familienangelegenheiten anzurufen, war undenkbar; diese staatsferne Haltung war offenbar nicht auf den serbischen Staat beschränkt.

Auch in Fragen der Eheschließung ist die Großfamilie traditional: das entscheidende Wort hatten die Eltern, nicht die Betroffenen. Ehen mit Angehörigen anderer Völker waren selten, aber auch die Religionsgrenze wurde nicht häufig überschritten: 91 % der Kosovo-Albaner aus komplexen Familien heirateten innerhalb derselben Religion bzw. Konfession, 88 % innerhalb ihrer Nationalität. Die religiöse Trauungszeremonie war der entscheidende Akt, nicht die standesamtliche. Scheidungen waren extrem selten (Rrapi fand ganze 5 Fälle), hingegen kamen Verheiratung von Minderjährigen, Levirat und Sororat (Heirat mit der Schwägerin) und sogar Bigamie (bei Sterilität der ersten Frau) häufig vor, besonders unter den Muslimen.

21 % der komplexen Familien waren katholisch, 79 % muslimisch, während unter den Kosovo-Albanern der Katholikenanteil bei höchstens 9 % liegt.

Die komplexen Familien betrachteten ihr Nicht-Engagement als positiv; Befragte betonten ihre guten Beziehungen zu den Behörden, da sie sich nie an „Ausschreitungen“ beteiligt hätten. Rrapi geht der Frage wohlweislich nicht nach, ob diese Familien tatsächlich politisch indifferent waren. Das tragische Schicksal der Familie Jashari in Drenica, die

im Februar 1998 vom Säugling bis zum Greis von serbischen Spezialkräften ausradiert wurde, weil einige ihrer Männer zu den ersten Anführern der UÇK gehört hatten, deutet in eine andere Richtung.

Hier muss aber berücksichtigt werden, dass der Autor sein Buch in den 90er Jahren in Belgrad veröffentlicht hatte.

Völlig unglaublich erscheint seine summarische Aussage, dass die Blutrache bei den komplexen Familien nicht vorgekommen sei. Da sie in Kosovo auch zu kommunistischer Zeit nie verschwunden war und die Versöhnungskommissionen wie die von Anton Çetta reichlich zu tun hatten, wäre diese Aussage nur dann haltbar, wenn die Kernfamilien Träger der Blutrache gewesen wären, aber ausgerechnet die extrem traditionalistischen Großfamilien diese Last abgeschüttelt hätten. Die Blutrache hör ich wohl, allein ...

Rrapi bemüht sich um Darstellung, nicht um Wertung. Erst im Resümé sieht er im Schrumpfen der Großfamilie ein „ermutigendes Zeichen“, dass auch in Kosovo diese Lebensweise verschwindet. Zu hemmend ist sie für die Gleichstellung der Frau, für die Bildung der Jugend und für das Entstehen einer modernen Zivilgesellschaft, die Kosovo so dringend braucht.

Rrapi musste für seine Untersuchung in den Jahren 1989-91 auf der Basis der Volkszählung von 1981 arbeiten. Seither ist ein Jahrzehnt brutaler Unterdrückung vergangen, das in Krieg und Vertreibung kulminierte. Diese Umwälzungen können ihre Wirkung auf die Großfamilien nicht verfehlt haben. Insofern muss der Leser sich immer vor Augen halten, dass er eine Momentaufnahme einer vergangenen Epoche vor sich hat.

Die Tabellen sind nicht immer sorgfältig bearbeitet; die Summierungen stimmen in etlichen Fällen nicht (u.a. Tab. 20, 39, 44).

Trotz der Subventionierung durch die österreichische Bundes- und die Steiermärkische Landesregierung ist das kleine Buch recht teuer.

Diese Studie schreit geradezu nach einer Aktualisierung. Gjergj Rrapi wird sie nicht vornehmen können: er starb während der Drucklegung.

Michael Schmidt-Neke

2.- 9. Oktober 2003: DAFG-Reise nach Albanien geplant

Auf seiner letzten Sitzung im Februar hat der Vorstand der DAFG beschlossen, nach mehrjähriger Unterbrechung wieder eine gemeinsame Albanienreise zu planen.

Als Termin ist dafür der 2. – 9. Oktober 2003 ins Auge gefaßt worden, so dass wegen des Feiertages auch Interessenten mit knappen Urlaubstagen mitfahren können.

Das Programm soll die Möglichkeit Mitgliedern wie Nicht-Mitgliedern die Möglichkeit bieten, die Veränderungen, die in Albanien in den letzten Jahren stattgefunden haben, durch Begegnungen und Besichtigungen vor Ort sehr intensiv zu erfahren. Natürlich soll - trotz der relativ kurzen zur Verfügung stehenden Zeit, auch Raum für die Pflege eigener Kontakte und Erholung eingeplant werden.

Neben Besichtigungen und Gesprächen in Tirana, Exkursionen nach Kruja und Durrës, ist auch eine 3tägige Fahrt in den Südosten des Landes (Pogradec, Korça) vorgesehen. Dabei sind folgende Programmpunkte geplant:

- Gespräche mit Kommunalpolitikern (abhängig vom genauen Kommunalwahltermin)
- Stadterkundung Tirana mit neuen Wohnvierteln
- Betriebsbesichtigung
- Besichtigung von Bildungseinrichtungen
- Private Medien

Da diese Reise kein kommerzielles Touristikangebot der DAFG sein soll, sondern eine Plattform für die (Wieder)Begegnung mit „alten Freunden“ oder auch ein erstes Kennenlernen von Land und Leuten bieten soll, haben wir uns vorgestellt, sie „baukastenartig“ zu organisieren, so daß - falls gewünscht - ein viel größerer Spielraum für individuelle Interessen besteht als bei einer durchorganisierten Tour. Für die einzelnen Teilnehmer werden so verschiedene Anreisemöglichkeiten bestehen (mit dem Flugzeug ab Deutschland oder mit dem Fahrzeug via Italien und der Fähre), private Kontakte im Land können (auch für Übernachtungen) genutzt werden können und durch die individuelle Anreise ist die Möglichkeit für kürzere oder längere Aufenthalte gegeben. Natürlich sind wir gerne bereit, alle Interessenten bei der Organisation der individuellen Anreise usw. zu unterstützen. Programmwünsche der Teilnehmer können ebenfalls - sofern realisierbar - berücksichtigt werden.

In Kürze werden wir ein Faltblatt mit dem vorgesehenen Programm und den alternativen Anreise- und Unterkunftsmöglichkeiten herausbringen, das Interessenten beim Sekretariat der DAFG anfordern können.

(Adresse auf S. 30)

1.-2. 11.2003: Seminar zur „albanischen Emigration“

Der Vorstand der DAFG hat außerdem beschlossen, in Kooperation mit der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen am 1. und 2. November 2003 in den Räumen der Auslandsgesellschaft in Dortmund ein Seminar zum Thema der albanische Emigration zu veranstalten, zu dem Referenten aus dem deutsch- und albanischsprachigen Raum eingeladen werden sollen.

Wir möchten alle Interessenten bitten, sich diesen Termin schon jetzt vorzumerken. In den kommenden „Albanischen Hefte“ werden wir nähere Einzelheiten zum geplanten Programm veröffentlichen.

Wer Interesse hat, sich bei den inhaltlichen und/oder organisatorischen Vorbereitungen der Veranstaltung zu beteiligen, möge sich bitte beim Sekretariat der DAFG melden.

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Der Ruf Albaniens in der breiten Öffentlichkeit ist nicht der beste. Allzu oft wird er durch (teils kriminelle) Aktivitäten von gesellschaftlichen Randgruppen bestimmt, die so das Bild eines ganzen Volkes prägen. Die kulturellen Werte dieses kleinen Volkes sind viel zu wenig bekannt. Unsere Gesellschaft verfolgt daher u.a. folgende Ziele:

- Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk;
- Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen;
- in beiden Ländern umfassende Information über die Gegebenheiten des anderen Landes, deren jeweilige Geschichte, Gegenwart und Kultur;
- Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen;
- Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch den Abbau von individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen;
- die Entwicklung menschlicher Beziehungen, bilateraler Begegnungen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen;
- Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes;
- Förderung von Organisationen in Albanien, welche das Ziel eines Austauschs mit Deutschland auf fachlichem oder kulturellem Gebiet verfolgen;
- Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über und aus Albanien.

Mit jedem neuen Mitglied wachsen unsere Möglichkeiten, diese Zielsetzungen ein Stück weit mehr mit Leben zu erfüllen!

Mitgliedschaft in der DAFG!

- Der satzungsmäßige Beitrag von z.Z. 60,00 € jährlich schließt den Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE" ein.
- Ein mit einem Vereinsmitglied zusammenlebendes Vereinsmitglied zahlt die Hälfte, jedes weitere Familienmitglied ein Viertel des satzungsmäßigen Beitrages (ohne Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE")

Ja, ich möchte

- Mitglied
- Fördermitglied

in der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. werden, meine Mitgliedschaft soll beginnen

am.....

Ich zahle

- den regulären Beitrag (60,00 €)
- einen Förderbeitrag in Höhe von
- Ich beantrage Beitragsermäßigung

(bitte Begründung beifügen)

Abo der ALBANISCHEN HEFTE

Ja, ich möchte

- die ALBANISCHEN HEFTE zum Preis von z.Z. 17,90 € p.a. (inkl. Versand) abonnieren.
- Ich füge einen Scheck über diese Summe bei.
- Ich habe die Summe auf das Konto der DAFG (Kto.-Nr. 35981-206 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20) überwiesen.

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

ALBANISCHE HEFTE

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus und über Albanien
ISSN 0930 - 1437

Die ALBANISCHEN HEFTE werden vom Vorstand der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Bodo Gudjons, Friederikastr. 97 44789 Bochum

Redaktion:

Bodo Gudjons (verantwortlich), Bochum
Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel,
Stephan Lipsius, Kassel

MitarbeiterInnen

dieser Ausgabe: Jochen Blanken Tirana; Peter Platzmann, Gelsenkirchen; Prof. Dr. Basil Schader, Zürich; Peter Schubert, Berlin; Karikatur von Likë Rehova, Tirana (aus Klan)

Gestaltungskonzept:

Thomas Schauerte, Dorsten

Satz + DTP:

Skanderbeg GmbH, Bochum

Druck:

Grafische Betriebe Wattenscheid, Bochum-Wattenscheid

Vertrieb:

Skanderbeg GmbH, Bochum

Abonnements:

DAFG-Literaturvertrieb Postfach 10 05 65 44705 Bochum Friederikastr. 97 44789 Bochum

Preise:

Einzelheft: 3,75 € zzgl. Porto
- Abonnement: 17,90 € (4 Ausgaben p.A. - jeweils zum Quartalsende - inkl. Porto)
Für Mitglieder der DAFG ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE im Beitrag enthalten.

Redaktionsschluß

dieser Ausgabe:

15.04..2003

Kontakt zur DAFG

Büro der DAFG + Redaktion der ALBANISCHEN HEFTE

Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
Postfach 10 05 65 - 44705 Bochum
Tel.: 0234 / 32 50 609
Fax: 0234 / 33 65 44
e-mail: dafg@albanien-dafg.de

Vorstand:

Bodo Gudjons, Vorsitzender
Postfach 10 22 04 ▲ 44722 Bochum
Friederikastr. 97 ▼ 44789 Bochum
Tel.: (0234) 30 86 86
Fax: (0234) 30 85 05
e-mail: gudjons@skanderbeg.de

Jochen Blanken, stell. Vorsitz.
z.Z. Tirana
e-mail: iizparsh@albaniaonline.net

Dr. Michael Schmidt-Neke, stv. Vors.
Goethestr. 3 ▲ 24116 Kiel
Tel.: (0432) 935 22
e-mail: schmidt-neke@gmx.net

Christine Dreschel
Hollestr. 15 ▲ 22117 Hamburg
Tel. + Fax: (040) 736 734 31
e-mail: cdreschel@t-online.de

Stephan Lipsius
Moselweg 57 ▲ 34131 Kassel
Tel.: (0561) 31 24 17
Fax: (0561) 31 24 16
e-mail: S.Lipsius@t-online.de

Wolfgang Pietrek, Kassierer
Am Talgraben 22 ▲ 46539 Dinslaken
Tel.: (02064) 8 21 60
Fax: (02064) 8 21 61
e-mail: rewo@cityweb.de

Xhevat Ukshini
Hochstr. 17 ▲ 45964 Gladbeck
e-mail. xhukshini@yahoo.de

Ortsgruppen

Ortsgruppe Berlin

Postfach 30 34 27 ▲ 10728 Berlin
oder: c/o Günter Marx
Krumme Str. 32
10627 Berlin
Tel.: (030) 312 39 80

Ortsgruppe Hamburg

c/o Christine Dreschel
Hollestr. 15
22117 Hamburg
Tel + Fax: (040) 736 734 31
e-mail: cdreschel@t-online.de

Impressionen von einer Wintertour durch das Morava-Gebirge bei Dardha

Eigentlich hätte die Reise schon zum Jahreswechsel stattfinden sollen, denn ich wollte ja Dardha im Winter kennenlernen. Zum ersten Mal wollte ich die verschneite Gegend um den kleinen Ort bei Korça auf Schneeschuhen erkunden. Doch dann mußte ich die Reise auf Mitte März verschieben. Dem „Abenteurer“ im Schnee rät das aber keinen Abbruch: 2 Wochen lang sind wir tagsüber über die Höhen des Morava-Gebirges gewandert, ohne auch nur einer menschlichen Seele zu begegnen, nur hier und dort waren Spuren von Tieren zu sehen. Und die Nachmittage und Abende habe ich im Kreis der einheimischen Dardhaner genossen, deren heute fast unbedeutender Ort einstmals ein bekannter Fremdenverkehrsort war. Ein Wintertraum (fast) im Frühjahr.

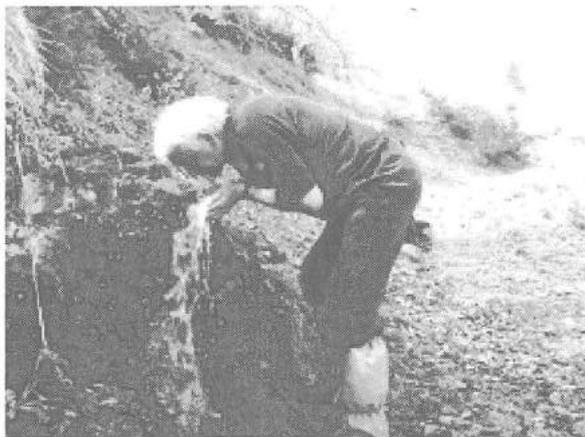
Peter Platzmann, Gelsenkirchen



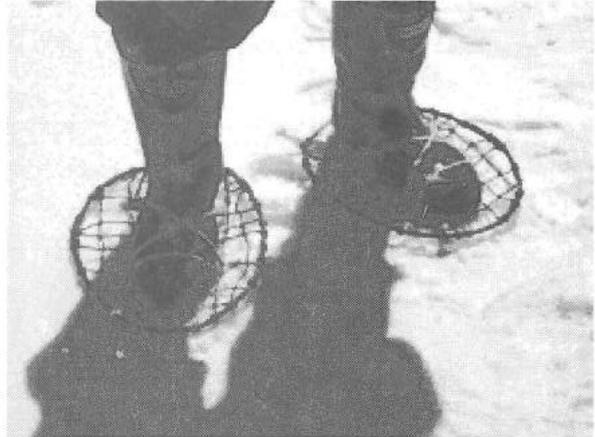
Im Kreis der „Dorfältesten“



Der Traktor räumt die Zugangsstraße frei



Labsal an der Quelle



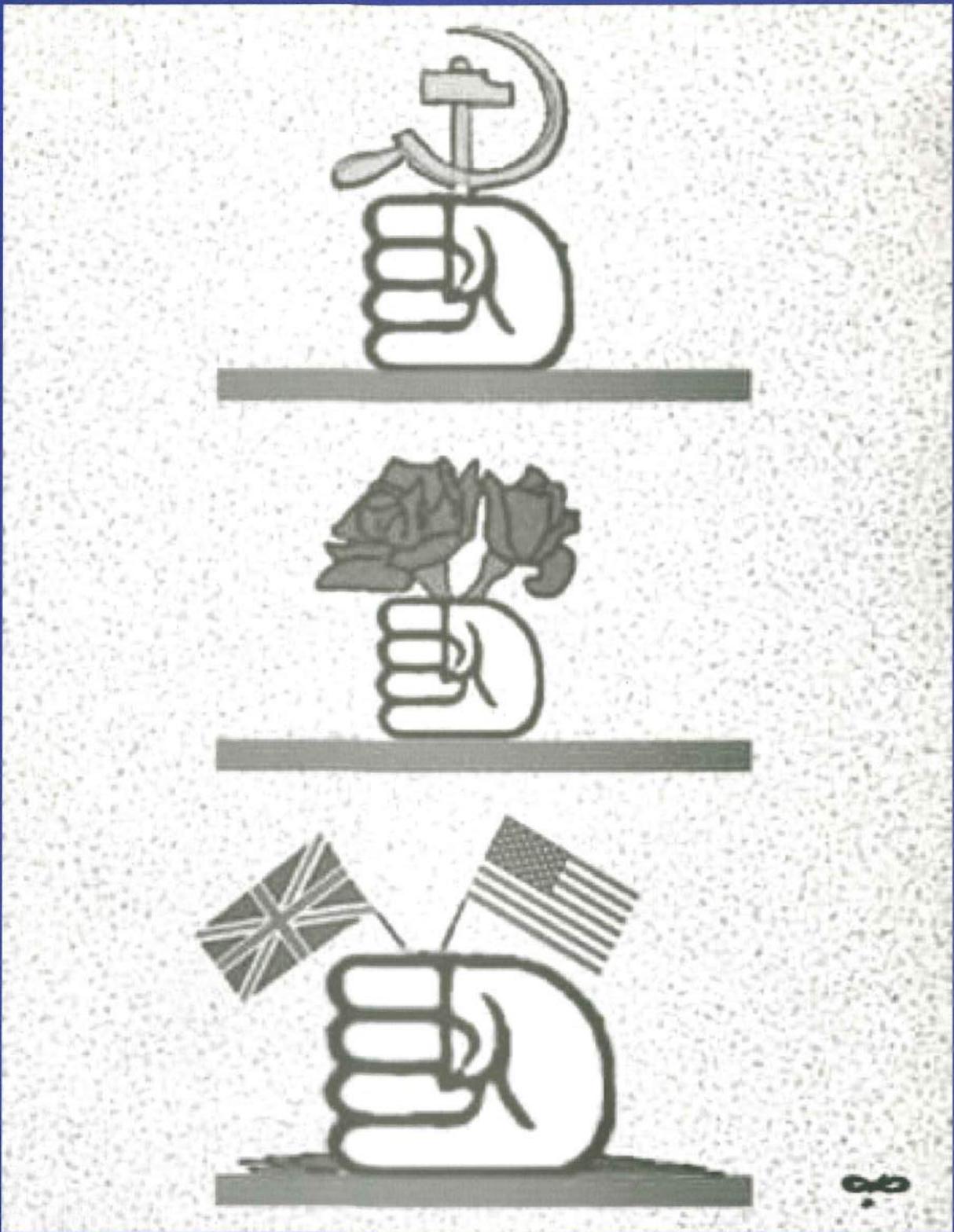
Mit Schneeschuhen unterwegs ...



Ramiz und Fatos braten ein Lamm



... im Morava-Gebirge



Karikatur von Like Rehova aus „Klan“ 303 zur Mutation der sozialistischen Partei